

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

12/2009 · 16. März 2009



Zypern

Heinz A. Richter

Historische Hintergründe des Zypernkonflikts

Hubert Faustmann

Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns: 1974–2008

Ayla Gürel

Eigentums- und Bevölkerungsfragen im geteilten Zypern

Yiannis Papadakis

Griechischer, türkischer oder „zypriotischer“ Kaffee?

Murat Ilican Erdal

Wirtschaft, Umwelt und Tourismus in Zypern

Andreas Stergiou

Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften

Dorothee Pilavas

Begegnungen in der Pufferzone

Editorial

Zypern – griechisch: Kýpros; türkisch: Kibris – liegt im östlichen Mittelmeer, 50 Kilometer von der türkischen und 800 Kilometer von der griechischen Küste entfernt. Die Insel zerfällt in zwei Teile: Zwischen der ausschließlich von der Türkei anerkannten „Türkischen Republik Nordzypern“ (TRNC) und der international anerkannten Republik Zypern im Südteil der Insel befindet sich eine von den Vereinten Nationen verwaltete und kontrollierte Pufferzone: die Green Line. Die Republik Zypern ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union. Im Nordteil der Insel kann EU-Recht nicht angewandt werden.

Der Zypernkonflikt ist der älteste Konflikt in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine mit dem UN-Friedensplan von 1999 (Annan-Plan) angestrebte föderale Lösung nach schweizerischem Vorbild ist nicht in Sicht. Das Scheitern des mehrfach modifizierten Planes, über den am 24. April 2004 in getrennten Referenden abgestimmt wurde, ist auf unterschiedliche Vorstellungen der Menschen im Norden und im Süden Zyperns von einer Wiedervereinigung zurückzuführen. Auch scheint der Wunsch beider Seiten, geschehenes „Unrecht“ anzuerkennen und „Rechte“ wiederherzustellen, schwer erfüllbar zu sein.

Doch es gibt Hoffnung: Seit 2003 ist die Green Line durchlässiger geworden. Die Menschen können einander wieder leichter begegnen. Seit 2008 sind zudem mit dem griechischen Zyprioten Dimitris Christofias und dem (im April 2005 zum Präsidenten gewählten) türkischen Zyprioten Mehmet Ali Talat zwei Politiker an der Macht, die eine „bizonale Wiedervereinigung“ anstreben. Allerdings liegen die Vorstellungen von einem vereinigten Zypern immer noch sehr weit auseinander.

Katharina Belwe

Heinz A. Richter

Historische Hintergründe des Zypernkonflikts

Der Zypernkonflikt ist beinahe ein halbes Jahrhundert alt; Weihnachten 2008 jährte er sich zum 46. Mal. Seit 1964, also seit 45 Jahren, unterhält die UNO eine *Peacekeeping Force* (UNFICYP) auf der Insel. Nach den Überwachungsmissionen in Israel/Palästina (UNTSO) und Indien/Pakistan (UNMOGIP) ist dies der drittlängste Einsatz von UN-Blauhelmen und

Heinz A. Richter

Dr. phil., geb. 1939; 1991 – 2003 Professor für griechische und zypriotische Zeitgeschichte an der Universität Mannheim; Mitherausgeber der Zeitschrift „Thetis“. Mannheimer Studien zur Geschichte Griechenlands und Zyperns und der Monographienreihe Peleus. Studien zur Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zypern.
hrichter@rumms.uni-mannheim.de

der älteste Konflikt in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Da er seit 1974 kaum Stoff für Schlagzeilen lieferte, wurde er zu einem jener etablierten Konflikte, deren Ursachen und Existenz weitgehend in Vergessenheit gerieten. Kurzfristig Aufmerksamkeit erregten allenfalls hin und wieder neue Verhandlungen. Angesichts dieser Situation erscheint ein Blick in die Vergangenheit sinnvoll.¹

Die britische Kolonialzeit 1878–1959

1878 wurde Zypern im Gefolge des Berliner Kongresses im Juni/Juli des selben Jahres² eine Art britisches Protektorat. 1914 annektierte Großbritannien die Insel. Im Friedensvertrag von Lausanne am Ende des griechisch-türkischen Kriegs von 1919 bis 1922 erkannte die Türkei die britische Annexion an und leistete formellen Verzicht auf Zypern. 1925 wurde Zypern Kronkolonie.

Seit der Jahrhundertwende verstärkte sich unter den griechischen Zyprioten der Wunsch nach Anschluss – *Enosis* – an Griechenland. Die Menschen hofften, dass die britische Re-

gierung in einem Akt von Großmut – ähnlich wie im Fall der Ionischen Inseln 1864 – Zypern an das Mutterland abtreten würde. Aber diese glaubte, aus militärischen Gründen (Sicherung der *Life Line* durchs Mittelmeer) nicht auf Zypern verzichten zu können. 1931 schlug sich der *Enosis*-Wunsch zum ersten Mal sichtbar in größeren Unruhen nieder. Die Kolonialmacht unterdrückte diese und regierte die Insel bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs diktatorisch. Die griechische Regierung verhielt sich gegenüber dem griechisch-zypriotischen Wunsch nach *Enosis* äußerst zurückhaltend; die britische Schutzmacht sollte nicht verärgert werden. Im Zweiten Weltkrieg spielte Zypern keine Rolle, aber nach Ausbruch des Kalten Krieges und der Gründung der NATO und der CENTO (Central Treaty Organization oder Bagdad-Pakt) erlangte Zypern als Royal-Air-Force-Stützpunkt für Atombomber und Ausgangspunkt für Spionageflüge (U2) große Bedeutung. Vor diesem Hintergrund stand für London fest, dass Zypern als Ganzes britische Basis bleiben müsse.

Der Unabhängigkeitskampf 1955–1959

1950 hielt die orthodoxe Kirche Zyperns ein inoffizielles Plebiszit über die *Enosis* ab. Im Ergebnis stand eine überwältigende Mehrheit für die Vereinigung mit Griechenland, was aber von der britischen Regierung ignoriert wurde. Der neugewählte Erzbischof Zyperns Makarios III. gab sich damit nicht zufrieden und zwang die Regierung Griechenlands unter Ministerpräsident Alexandros Papagos mit der Drohung zum Handeln, den Fall Zyperns vor die UNO zu bringen. Als Papagos zu verstehen gab, dass er beabsichtige, die Zypernfrage vor die UNO zu bringen, konterte der britische Premierminister Anthony Eden mit der Feststellung, Zypern sei auch eine Angelegenheit der Türkei. London versuchte, die griechischen Ambitionen durch türkische zu neutralisieren, also die Mutterländer gegeneinander auszuspielen. Die Türkei reagierte umgehend

¹ Die Darstellung folgt Heinz Richter, *Geschichte der Insel Zypern 1878–1977*, Bände I–IV, Ruhpolding 2004–2009; vgl. auch: www.rutzen-verlag.de.

² Auf dem Berliner Kongress handelten Vertreter der europäischen Großmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien und Russisches Reich sowie des Osmanischen Reiches eine neue Friedensordnung für Südosteuropa aus.

auf die britische Offerte: Falls sich am Status von Zypern etwas ändere, sei der Friedensvertrag von Lausanne hinfällig, und Zypern müsse an die Türkei zurückgegeben werde. Durch das britische taktische Manöver wurde Ankara zum Mitspieler im Poker um Zypern; zugleich löste London mit dieser Taktik einen neuen griechisch-türkischen Konflikt aus. Aber Großbritannien betrieb seine *divide et impera*-Politik nicht nur gegenüber Athen und Ankara, sondern spielte nun auch die Volksgruppen auf Zypern gegeneinander aus.

1955 begann der Kampf der griechisch-zypriotischen Untergrundorganisation EOKA (Nationale Organisation zypriotischer Kämpfer) unter dem ehemaligen griechischen Offizier Georgios Grivas, der auf Zypern geboren war; der politische Führer der EOKA war Makarios. Die türkischen Zyprioten misstrauten den *Enosis*-Bestrebungen, denn sie fürchteten, dass der Anschluss an Griechenland zu Diskriminierungen führen könnte. Sie wollten den Status quo aufrecht erhalten und wandten sich daher verstärkt Großbritannien zu. Dies gab der britischen Regierung die Möglichkeit, Inselgriechen gegen Inseltürken auszuspielen. Um eigene Kräfte zu sparen, stellte sie zur Bekämpfung der EOKA eine Polizeispezialeinheit aus türkischen Zyprioten auf, deren Einsatz zwangsläufig zur Konfrontation mit der EOKA führte. Mit britischer Duldung baute der türkische Generalstab ebenfalls eine bewaffnete Untergrundorganisation (zunächst VOLKAN, später TMT; die türkisch-zypriotische Gegenorganisation zur EOKA) auf. Militärischer Führer war stets ein türkischer Offizier; der politische Führer war Rauf Denktaş, seither der Repräsentant der türkischen Militärs auf Zypern. Die politischen Ziele der türkischen Seite wandelten sich während des Konflikts vom anfänglichen Wunsch nach Beibehaltung des *Status quo* zur Teilung der Insel, türkisch *Taksim*.

1958 kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen der TMT und der EOKA. Zugleich bemühten sich beide Organisationen, funktionierende Kooperationsmodelle der beiden Volksgruppen zu zerstören. So ermordeten TMT-Anhänger zwei türkisch-zypriotische Führer der linken Gewerkschaften und terrorisierten Mitglieder des linken Gewerkschaftsbundes. Ein von der türkischen Regierung inszenierter Anschlag auf das Pressebüro des türkischen Konsulats in Nikosia ließ

die Unruhen in einem Maße eskalieren, dass von bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen werden darf. Zugleich begann aber auch innerhalb der Volksgruppen ein Kampf gegen „Abweichler“.

Das Ausspielen der Mutterländer löste 1956 den griechisch-türkischen Minoritätenkonflikt aus, zu dessen Opfer die Istanbuler Griechen wurden. Es entwickelte sich so etwas wie ein System kommunizierender Röhren: Wann immer Unruhen auf Zypern ausbrachen, kam es zu Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Griechen Istanbul. Die britische Kolonialpolitik des *divide and rule* löste letztendlich jene beiden anderen Konflikte aus, die bis heute die Region plagen.

Das gescheiterte Suez-Abenteuer der Briten von 1956 ließ den strategischen Wert Zyperns schrumpfen. Der neue britische Premier Harold Macmillan war beweglicher. Hinzu kam Druck aus den USA, die durch die ständigen Streitereien zwischen den NATO-Verbündeten Griechenland und Türkei die Südostflanke der NATO gefährdet sahen. Dies und die veränderte strategische Lage ließen die britische Regierung einlenken. Diese erkannte, dass militärische Stützpunkte in Zypern für die Präsenz im östlichen Mittelmeer ausreichen würden. 1959 veranlasste sie Griechen und Türken, sich in Zürich an einen Runden Tisch zu setzen und eine Lösung auszuhandeln.

Bei der bei den Gesprächen in Zürich und etwas später in London gefundenen Lösung handelte es sich jedoch um eine Scheinlösung, diente diese doch hauptsächlich der Beilegung des Konfliktes zwischen den NATO-Verbündeten und den Interessen der NATO. Die Briten konnten weiterhin durch ihre Basen präsent bleiben; Griechenland und die Türkei wurden zusammen mit Großbritannien Garantemächte des neuen unabhängigen Staates Zypern. Sie durften Truppenkontingente auf der Insel unterhalten. Für die Zyprioten, die an den Verhandlungen nicht beteiligt waren, hatten die Abkommen jedoch einige schwerwiegende Schönheitsfehler: Die Ergebnisse wurde ihnen oktroyiert; die innerzypriotischen Konflikte waren nicht ausgeräumt, sondern im Gegenteil verschärft worden: Von nun an drohte bei jedem Volksgruppenkonflikt auf Zypern der Zusammenstoß der Mutterländer, was wiederum den Konflikt anheizte.

Vertiefung des Konflikts: 1960–1964

Makarios hatte erkannt, dass es nur die Alternative Teilung oder Unabhängigkeit gab. Da aber die Masse der griechischen Zyprioten nach wie vor die *Enosis* wollte, legte er wider besseren Wissens immer wieder Lippenbekenntnisse zu dieser ab. Auch die Führung

der türkischen Volksgruppe war gespalten: Die Gemäßigten setzten sich für Kooperation und ein unabhängiges Zypern ein, die Radikalen wollten die Teilung (*Taksim*). Hinzu kam, dass Makarios die von der Verfassung vorgesehene faktische Gleichberechtigung der beiden Volksgruppen ablehnte; angesichts des Verhältnisses der Bevölkerungsteile von 80:18 strebte er nach einer privilegierten Partnerschaft für die Minorität. Dies war für die türkischen Zyprioten allein schon aus psychologischen Gründen inakzeptabel, schließlich hatten sie 80 Jahre zuvor die Insel beherrscht. Die nach großen Anstrengungen erarbeitete hochkomplizierte Verfassung konnte nicht funktionieren; ihr fehlte die entscheidende Voraussetzung: das gute Einvernehmen der Volksgruppen.

Der Konflikt brach 1963 offen aus, als Makarios 13 Verfassungsänderungen, darunter die Abschaffung des absoluten Vetorechts des türkischen Vizepräsidenten, durchsetzen wollte, ohne der anderen Seite Kompensationen anzubieten. Diesen Vorstoß bereits als Verfassungsbruch oder Aufkündigung der staatlichen Gemeinschaft zu bezeichnen, wie dies von türkischer Seite immer wieder zu hören ist, scheint allerdings weit übertrieben: Auch die britische Regierung war für eine Verfassungsrevision, wenn auch vermutlich auf einem diplomatischeren Weg. Makarios' unkluger Vorstoß stürzte Zypern in eine schwere Staatskrise.

Die Türkei verordnete der türkisch-zypriotischen Führung einen harten Kurs, was zu einem Eskalationsprozess von Provokationen und Gegenprovokationen führte, bei dem die Extremisten beider Seiten alles taten, um den Konflikt anzuheizen. Beide Seiten entwickelten wilde Pläne zur Durchsetzung ihrer Ziele, darunter auf griechischer Seite den so genannten Akritas-Plan, der allerdings keinen Genozid vorsah, wie immer wieder behauptet worden ist. Die Ausschreitungen zu Weihnachten 1963 eskalierten rasch und nahmen solche Ausmaße an, dass sie als innerzypriotischer Bürgerkrieg zu charakterisieren sind. Dabei tat sich besonders die Terroristengruppe von Nikos Sampson hervor, der sich selbst den Ruf eines besonders üblen „Türkenkillers“ erwarb. Bei den Ausschreitungen agierten auf griechischer Seite unterschiedliche terroristische Gruppierungen, die zum Teil aus der alten EOKA hervorgegangen waren. Zwischen Dezember 1963 und dem Ende der Auseinandersetzung im Sommer 1964 verloren 350 türkische und 200 griechische Zyprioten ihr Leben.

Die blutige Auseinandersetzung lieferte dem Teilungsgedanken neue Nahrung. Anfangs kam es aus Angst vor Übergriffen der griechischen Extremisten spontan zum Auszug türkischer Zyprioten aus den gemischt besiedelten Orten. Aber schon bald wurde die

ser Exodus durch die Führung der türkischen Volksgruppe instrumentalisiert und zu einer systematisch betriebenen Politik. Zögernden brachte die TMT mit „geeigneten“ Mitteln bei, welches der richtige Weg sei. Im Nachhinein wird klar, dass hier ein politischer Kurs gesteuert wurde, der längerfristig auf die Teilung der Insel zielte. Die politisch unkluge Reaktion der griechisch-zypriotischen Führung, Blockaderinge um die türkisch-zypriotischen Enklaven zu legen und so die Bewohner von lebenswichtigen Ressourcen abzuschneiden, verschärfte noch die Tendenz zur Teilung. Für viele türkische Zyprioten sind die damaligen Übergriffe traumatische Erlebnisse, die ein Zusammenleben mit ihren griechischen Landsleuten nahezu unmöglich machen. Denктаş verwandte die Erinnerungen an den Schrecken von 1963 als Hauptargument, um eine Lösung auf der Basis der Rückkehr zum Status quo ante abzulehnen.

Die Jahre 1963 bis 1964 waren entscheidend für die Entwicklung des Zypernproblems. Die innerzypriotische Konfrontation sprang auf die Mutterländer über. In Istanbul kam es erneut zu Ausschreitungen gegen die griechische Minorität. Als im Dezember 1963 ein direkter griechisch-türkischer Zusammenstoß drohte, mischte sich US-Präsident Lyndon B. Johnson ein und verhinderte durch die so genannte Ball-Mission den Ausbruch eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei. Wenig später schlug die amerikanische Regierung in Abstimmung mit der britischen die Entsendung einer Friedenstruppe aus NATO-Kontingenten vor, darunter auch Einheiten der Bundeswehr. Makarios wusste, dass mit der NATO auch der militante Antikommunismus auf die Insel gelangen würde. Das hätte – wie in Griechenland – zu einem Verbot der kommunistischen Partei (AKEL) geführt, auf deren parlamentarische Duldung sich Makarios seit einiger Zeit stützte. Er lehnte daher das Angebot ab und wandte sich an die Sowjets. Der russische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow, dem ein der NATO angehörendes Zypern ein Dorn im Auge gewesen wäre, mischte sich bereitwillig ein. Das Resultat war die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe: der UNFICYP.

Bevor die UNFICYP-Truppen in größerer Zahl eintrafen, eskalierte der Konflikt auf Zypern erneut. Ende Mai 1964 befahl der türki-

sche Staatspräsident İsmet İnönü eine militärische Invasion Zyperns für Anfang Juni. Nur durch massiven Druck in der Form eines Drohbriefes konnte Johnson die Invasion im letzten Moment abwenden. Der harsche Ton dieses Briefes verärgerte İnönü jedoch derart, dass er die türkische Außenpolitik auf einen Kurs größerer Unabhängigkeit von den USA brachte. Wie weit der Entfremdungsprozess ging, zeigt die Tatsache, dass die Türkei eine Art Flirt mit Moskau begann, der weitreichende Folgen hatte: Die türkische Regierung legte das Meerengenabkommen von Montreux von 1936 so liberal aus, dass es den Sowjets möglich war, eine Flotte ins Mittelmeer zu bringen, die den NATO-Strategen als so genannte Eskadra jahrelang Probleme bereitete.

Der Ärger mit Makarios veranlasste die Amerikaner zur erneuten Einmischung. In enger Kooperation mit den Briten entwickelte der ehemalige Außenminister Dean Rusk verschiedene Pläne für die Lösung des Zypernproblems, denen allen eines gemeinsam war: Die staatliche Existenz Zyperns sollte beseitigt, Zypern Griechenland angeschlossen werden und die Türken territoriale Kompensationen von Griechenland erhalten. Dieses Konzept ging unter der Bezeichnung *doppelte Enosis* in die Geschichte ein. Die Türkei war prinzipiell einverstanden, nur der damalige griechische Premierminister Georgios Papandreu hatte Skrupel, Zypern eine solche Lösung zu oktroyieren. Das verstimmt die Regierung der USA und hatte letztendlich weit reichende Folgen für die griechische Innenpolitik.

Obwohl die Türkei auf die Invasion verzichtet hatte, griff die türkische Luftwaffe in die erneut aufblackernden Kämpfe bei Kokkina in der Tillyria-Region ein und belegte griechisch-zypriotische Dörfer mit Napalmbomben. Als die Sowjetunion sich einmischte, reagierte die griechische Regierung nervös: Im Gespräch mit Amerikanern und Briten wurde jene Konzeption entwickelt, die unter der Bezeichnung *„Enosis per Putsch“* in die Geschichte einging: Es war geplant, dass Griechenland auf Zypern einen Staatsstreich organisieren, Makarios aus dem Weg räumen und im Anschluss daran sofort den Anschluss Zyperns an Griechenland proklamieren sollte. Die Amerikaner und Briten, so der Plan, würden die Türkei von übereilten Reaktionen abhalten. Sobald die Lage sich beruhigte, würde sich die griechische mit der türkischen Regierung über Kompensationen einigen. Zwar kam es aus verschiedenen Gründen 1964 nicht zur Ausführung dieses Plans, aber es war jene Blaupause entwickelt worden, welche die griechischen Militärs 1974 unter völlig anderen außenpolitischen Gegebenheiten zu realisieren versuchten. Als die Pläne der Amerikaner scheiterten, zog sich die Regierung der USA vorläufig aus der aktiven Zypernpolitik zurück.

Die Errichtung der Diktatur in Griechenland am 21. April 1967 hatte für Zypern zwei wichtige Folgen: Erstens wurden durch den außenpolitischen Dilettantismus der Militärs die diplomatische Position Griechenlands und seine militärische Präsenz auf Zypern geschwächt. Die Vorstellung, beim Anschluss der Insel an Griechenland werde die Diktatur importiert, führte bei vielen Zyprioten zu einer starken Abkühlung des Wunsches nach *Enosis*; es setzte ein Prozess der Entfremdung ein. Makarios trug dem Rechnung, indem er seine Politik der Blockfreiheit verstärkte und auf Distanz zu Griechenland ging. Allerdings beging er einen Fehler, indem er das Verhältnis zu den türkischen Zyprioten nicht zugleich normalisierte und etwa die Blockadepolitik aufgab.

Makarios' Politik der Blockfreiheit provozierte – zweitens – die griechische Militärjunta, die erkannte, dass durch diese Politik die *Enosis* in weite Ferne rückte und Nikosia sich der Kontrolle durch das „nationale Zentrum“ Athen entzog. Um Makarios zu stoppen, gab die Junta den Befehl, seine Position zu unterminieren. Grivas-Anhänger der radikalsten Art (der griechisch-zypriotischen paramilitärischen Organisation EOKA B) schmiedeten mehrere Komplote gegen Makarios. Ihr Ziel war der Sturz von Makarios, wenn nötig durch Mord, zugleich provozierten sie die türkischen Zyprioten. Als bei den zypriotischen Parlamentswahlen 1970 die KP Zyperns (AKEL) massive Wahlgewinne erzielte, kam es in den USA zu irrationalen Reaktionen: Zypern wurde mit Kuba verglichen und Makarios als ein Castro im Priesterrock bezeichnet. Die Geheimdienste Griechenlands und der USA begannen, ihre Anstrengungen zum Sturz von Makarios zu koordinieren.

Der Yom Kippur-Krieg in Nahost vom Oktober 1973 verdeutlichte erneut die strategische Bedeutung Zyperns. Etwa zur gleichen Zeit rebellierten die Studenten des Athener Polytechnikums, Diktator Georgios Papadopoulos stürzte, und der Chef der Militärpolizei Dimitrios Ioannidis wurde neuer Diktator Griechenlands. Der Studentenaufstand hatte gezeigt, dass die Tage der Junta gezählt waren. Ioannidis brauchte also, um seine Position zu festigen, dringend einen Erfolg, und diesen glaubte er, ausgerechnet auf dem Feld der Zypernpolitik erringen zu können. Er beschloss, den Plan *„Enosis per Putsch“* von 1964 durchzuführen.

Der Athener Geheimdienst erhielt von Ioannidis den Auftrag, einen Staatsstreich gegen Makarios vorzubereiten, und die noch von Grivas während der Diktatur ins Leben gerufene Terroristengruppe, die EOKA B, steigerte ihre Aktivität. Am 15. Juli 1970 be-

gann der Staatsstreich mit einem Attentat auf Makarios, das fehlschlug. Damit war der Putsch eigentlich gescheitert, aber die Putschisten gaben nicht auf. Da sie keinen vorzeigbaren Kollaborateur fanden, ernannten sie den als „Türkenkiller“ berüchtigten Nikos Sampson zum Präsidenten. Dies musste die türkische Seite aufs Höchste provozieren, aber die Aufregung über Sampson war bei näherer Betrachtung nur ein bequemer Vorwand – die türkische Invasion war schließlich seit 1964 von langer Hand vorbereitet worden.

Die Türkei ging mit größter Vorsicht ans Werk. Ministerpräsident Bülent Ecevit wusste, dass US-Präsident Richard Nixon wegen des Watergate-Skandals praktisch handlungsunfähig war und Außenminister Henry Kissinger nichts gegen die Beseitigung eines Krisenherds einzuwenden hatte. Um sich keinen Ärger mit der Garantiemacht Großbritannien einzuhandeln, informierte Ecevit die britische Regierung. Es wurde ihm bedeutet, dass man selbst nicht intervenieren werde, aber nichts gegen eine unilaterale Aktion habe. Am 20. Juli 1973 erfolgte die Landung türkischer Streitkräfte bei Kyrenia. Ein Brückenkopf wurde gebildet und in den folgenden Tagen ausgeweitet. Am 23. Juli stürzte in Athen die Militärjunta. Einen Tag später kehrte der frühere Premier Kostas Karamanlis aus dem Pariser Exil nach Griechenland zurück und übernahm erneut das Amt des Premierministers. Um bei einem möglichen Krieg mit der Türkei über die griechischen Streitkräfte verfügen zu können, trat Griechenland an diesem Tag aus dem militärischen Teil der NATO aus. Dies war ein schwerwiegender Fehler, denn die NATO war bereit, vermittelnd einzugreifen. Am 25. Juli 1973 begannen Verhandlungen aller Beteiligten in Genf. Diese waren auch für die türkischen Militärs notwendig, denn die türkische Militärlogistik hatte den militärischen Erfordernissen nicht nachkommen können.

Diese erste Phase des unilateralen militärischen Eingreifens mittels einer Invasion der türkischen Streitkräfte durch das Interventionsrecht zur Wiederherstellung des Status quo ante wird von einigen für gerechtfertigt halten, da die andere Garantiemacht nicht bereit gewesen sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es lässt sich in der Tat darüber diskutieren, ob die Invasion gerechtfertigt war. Hätte Ecevit sich mit der Wiederherstellung des Status quo ante zufrieden gegeben, hätte er sich als großer Staatsmann erwiesen. Durch Mäßigung hätte er sein Land an Europa herangeführt. Statt dessen türmte er Hindernisse auf dem Weg der Türkei nach Europa auf, und die Militärs in Ankara konnten der Versuchung nicht widerstehen und befahlen am 14. August 1973 die Fortsetzung der Invasion. Bis zum 16. August besetzte die türkische Armee knapp 40 Prozent der Insel. Sie rückte bewusst

langsam vor, um den griechischen Zyprioten die Möglichkeit zur Flucht zu geben. Wo diese nicht freiwillig gingen, wurde mit Gewalt nachgeholfen. Es kam es zu Massenexekutionen Hunderter von Zivilisten und Kriegsgefangener, Vergewaltigungen und Misshandlungen. Es gab viele Tote (980 auf der griechischen Seite). Insgesamt wurden etwas über 170 000 griechische Zyprioten vertrieben.¹³ Die Vertreibungen im Norden der Insel durch die türkische Armee provozierten im Süden der Insel vereinzelt heftige Reaktionen. Viele türkische Zyprioten verließen ihre Wohnorte und setzten sich nach Norden ab oder flohen in die britischen Stützpunkte. Festgehalten werden muss in diesem Zusammenhang, dass es im Süden der Insel keine offizielle Vertreibungspolitik gab, vielmehr spielten die Angst vor griechischem Terror und die türkische Aufforderung zur Flucht in den Norden zusammen. Die Motive der Bevölkerungsbewegung sind also nicht gleichzusetzen. Am Ende war die Insel geteilt und die ethnische „Flurbereinigung“ vollzogen.¹⁴

Als nach einiger Zeit Bilanz gezogen wurde, stellte sich heraus, dass etwa 1 500 griechische Zyprioten vermisst wurden. In einigen Fällen erfuhren ihre Angehörigen, dass sie lebend in die Hände der türkischen Streitkräfte gefallen und viele in die Türkei verbracht worden waren. In den folgenden 23 Jahren bemühten sich die Familien der Verschwundenen vergeblich, etwas über ihren weiteren Verbleib herauszufinden. Im Frühjahr 1996 enthüllte Rauf Denktaş in einem Interview die halbe Wahrheit: Die türkische Armee habe 1974 die beim Vormarsch hinderlichen Gefangenen türkisch-zypriotischen paramilitärischen Einheiten übergeben, und diese hätten die Gefangenen getötet. Diese Behauptung dürfte jedoch so nicht richtig sein, denn von vielen Vermissten gab es noch geraume Zeit später Lebenszeichen; Denktaş versuchte ganz offensichtlich, Ankara zu exkulpieren.¹⁵

Als die zweite Phase der Invasion begann, waren die Briten bereit, ihre inzwischen verstärkten, auf Zypern stationierten Truppen der UNFICYP zu unterstellen, um die vorrückenden türkischen Streitkräfte zu stoppen. Die britische Regierung informierte Kissinger darüber, doch dieser lehnte den britischen Vorschlag

¹³ Vgl. Council of Europe – European Commission of Human Rights, Applications Nos. 6780/74 and 6950/75 Cyprus Against Turkey. Report of the Commission, Vols I and II and Appendices I–XIV (Strasbourg: Council of Europe, 1976), Passim; H. Richter (Anm. 1), Band V, Kapitel 18 passim.

¹⁴ Vgl. H. Richter, ebd., Kapitel 21 passim.

¹⁵ Vgl. Interview eines ehemaligen Soldaten der Invasionsarmee namens Attila Olgaç, der berichtete, dass er 1974 einen 19-jährigen kriegsgefangenen Nationalgardisten und weitere neun Menschen erschossen habe: Shock revelations, in: Cyprus Weekly vom 23. Januar 2009, S. 1.

ab: Das Zypernproblem sollte auf diese Weise ein für alle Mal beseitigt werden. Die zweite Phase der türkischen Invasion war durch nichts, auch nicht durch juristische Spitzfindigkeiten, zu rechtfertigen, da die Ursachen, die zur ersten Phase geführt hatten, beseitigt waren: Die Militärdiktatur in Griechenland war kollabiert, eine demokratische Regierung installiert, und auf Zypern war der Putsch in sich zusammengebrochen; die zweite Phase war ein Akt gewaltsamer Expansion.

an, und die expansionistischen Bestrebungen der Türkei und der griechischen Junta führten ihn zum negativen Höhepunkt. Extremistische Zyprioten in beiden Volksgruppen beteiligten sich und stürzten ihr Land in die Katastrophe. Internationale Organisationen erwiesen sich als zu schwach, um den Konflikt zu stoppen. Einseitige Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Die Ursachen des Desasters sind komplexer Natur. Seine Opfer waren die einfachen Leute beider Volksgruppen, die friedlich miteinander lebten.

Resümee

Der Zypernkonflikt entstand als ein von der Kolonialmacht Großbritannien provozierter Konflikt. Der Kalte Krieg und seine Hauptakteure, Sowjets und Amerikaner, verschärften ihn. Die irredentistischen Bestrebungen nationalistischer Politiker Athens heizten ihn



Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns: 1974 – 2008

1974–1983: Es hat seit 1974 nicht an Versuchen gemangelt, die Teilung der Insel zu überwinden, aber die am Zypernkonflikt beteiligten Seiten (griechische

Hubert Faustmann

Dr. phil., geb. 1965; Professor an der Universität Nikosia, Fakultät für Internationale Beziehungen, 46 Makedonitissas Ave, 1700 Nikosia/Zypern. hfaustmann@hotmail.com

und türkische Zyprioten sowie Griechenland und die Türkei) konnten sich bis heute nicht auf eine Lösung verständigen. Zu Recht hat sich Zypern in den vergangenen Jahrzehnten den Ruf als „Friedhof der Diplomatie“ verdient. Die verschiedenen Initiativen und die Gründe für ihr Scheitern stehen im Zentrum dieses Beitrages.

Die türkische Invasion hatte 1974 zur faktischen Zweiteilung der Insel geführt. Die gewaltsamen Vertreibungen von 1974 und ein Transfer der bislang noch im Süden der Insel verbliebenen türkischen Zyprioten in den Norden besiegelten 1975 die nahezu vollständige Trennung der beiden Volksgruppen.

Im Dezember 1974 begannen erste Gespräche mit dem Ziel, die Teilung der Insel zu überwinden und eine neue politische Ordnung für beide Volksgruppen herzustellen. Bereits im November war in einer Resolution der Vereinten Nationen (UN) unter anderem der Rückzug aller auswärtigen Truppen, die Rückkehr aller Flüchtlinge und direkte Verhandlungen zwischen Vertretern beider Volksgruppen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gefordert worden.

Allen Konfliktparteien war klar, dass nach den Ereignissen der vergangenen Jahre und den durch die Invasion geschaffenen Fakten eine Rückkehr zur Verfassungsordnung von 1960 nicht mehr in Frage kam. Den griechischen Zyprioten blieb nichts anderes übrig, als einer von der türkischen Seite geforderten föderalen Lösung zuzustimmen. Die Frage, wie diese aussehen soll, entzweit beide Seiten bis heute. Die griechische Seite forderte und fordert eine starke Zentralregierung, die türkische eine schwache. Während den griechischen Zyprioten ursprünglich eine multiregionale Föderation vorschwebte, um möglichst vielen Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen, fordern die türkischen Zyprioten einen aus zwei ethnisch soweit als möglich homogenen Bundesländern gebildeten Staat. Politische Gleichheit auf allen Ebenen war und ist seit 1974 das Grundprinzip aller türkisch-zypriotischen Lösungsvorstellungen. Demgegenüber bestehen die griechischen Zyprioten darauf, dass das bei einer Lösung berücksichtigt werden müsse, dass sie mit 82 Prozent die Bevölkerungsmehrheit stellen. Essentiell für die griechische Seite war und ist auch ein möglichst vollständiger Abzug der türkischen Truppen.

Im Februar 1975 endete die erste Verhandlungsrunde, als der Führer der türkischen Zyprioten, Rauf Denktaş, den besetzten Nordteil der Insel einseitig zu einem türkischen Bundesland des noch zu schaffenden föderalen Staates erklärte. Zum einen wollte er damit der seit 1964 bestehenden alleinigen internationalen Anerkennung der Führung der griechischen Zyprioten als Regierung ganz Zyperns eine eigene Staatlichkeit entgegensetzen, zum anderen seine separatistische Agenda vorantreiben.

1975 trafen sich beide Seiten in drei Verhandlungsrunden unter Schirmherrschaft der UN in Wien und New York. Bei der ersten Runde konnte man sich nicht über die Kompetenzen der Zentralregierung und die Wiedereröffnung des Flughafens in Nikosia einigen; die zweite scheiterte an der Frage, ob erst über das Territorium oder die Zentralregierung verhandelt werden sollte. Im Sommer 1975 schlug die türkische Seite die Bildung einer gemeinsamen föderalen Übergangsregierung vor. Der Vorschlag wurde von der griechisch-zypriotischen Seite abgelehnt, die ihre bis heute stärkste Trumpfkarte, ihre allein-

nige Anerkennung als die legitime Regierung ganz Zyperns, nicht aus der Hand geben wollte. Der Rest des Jahres brachte weitere Verhandlungen, aber keine Fortschritte. Denктаş spielte auf Zeit, um die Teilung zu zementieren. Die griechisch-zypriotische Seite suchte ihr Heil in einer Internationalisierungskampagne, die wiederholt günstige Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen brachte, ohne dass sich die türkische Seite davon beeindruckt zeigte oder willens gewesen wäre, sie umzusetzen.

Auch 1976 kamen die Verhandlungen nicht voran. Der Unterhändler der griechischen Zyprioten, Glafkos Kliridis, der sich intensiv um Fortschritte bemüht hatte, trat aufgrund einer Intrige Denктаş' zurück. Es kam noch zu einem schriftlichen Austausch von Vorschlägen, die wenig Neues enthielten. Über diese Vorschläge wurde aber nie verhandelt, da Denктаş den Nachfolger von Klirides, den als Hardliner bekannten Tassos Papadopoulos, nicht akzeptierte. Von da an stockten die Gespräche, bis Denктаş im Januar 1977 eine neue Runde mit dem griechisch-zypriotischen Präsidenten und Erzbischof Makarios initiierte. Sie führte 1977 zu einem Abkommen, das zusammen mit dem zwischen Denктаş und dem Nachfolger von Makarios im Präsidentenamt, Spyros Kyprianou, 1979 vereinbarten zweiten Dokument (den so genannten High Level Agreements) die Grundprinzipien für eine Wiedervereinigung der Insel festlegte. Die Abkommen postulierten, dass Zypern als bizonale, bikommunale Föderation wiedervereinigt und entmilitarisiert werden solle. Die territorialen Bestimmungen ebenso wie die drei Grundfreiheiten (Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit sowie das Recht auf Eigentum) und die Kompetenzen der Zentralregierung basierten auf vage formulierten Kriterien, die beiden Seiten erlaubten, ihre bisherigen Positionen beizubehalten. Den türkischen Zyprioten war zum ersten Mal ein einheitliches Territorium innerhalb eines wiedervereinigten Zypern zugestanden worden, dessen Größe aber umstritten blieb, da die türkische Seite 33 Prozent der Insel forderte. Die Vereinigung der Insel mit Griechenland oder aber ihre Teilung waren damit offiziell als Optionen vom Tisch.

Ende der 1970er Jahre begannen auch Amerikaner und Briten eine aktivere Rolle zu

spielen. Ein im November 1978 von den USA, Kanada und Großbritannien vorgelegter 12-Punkte-Vorschlag wurde von den griechischen Zyprioten abgelehnt, da er kein vollständiges Rückkehrrecht der Flüchtlinge und Einschränkungen bei der Niederlassungsfreiheit und dem Recht auf Eigentum vorsah. Diese Rechte werden von den griechischen Zyprioten als *Conditio sine qua non* einer jeden Lösung angesehen, aber von der türkischen Seite ebenso vehement abgelehnt. Der Vorschlag sah die Einführung eines aus zwei Kammern bestehenden Parlaments vor, dessen Oberhaus je zur Hälfte aus Abgeordneten beider Volksgruppen bestehen, während sich das Unterhaus proportional nach Bevölkerungsanteil zusammensetzen sollte. Diese Idee überdauerte das Scheitern des Vorschlages bis in die Gegenwart.

Bald nach der Unterzeichnung des zweiten High Level Agreements kamen die Verhandlungen erneut zum Stillstand, und die türkischen Zyprioten drohten damit, einen unabhängigen Staat auszurufen. Erst nach ausgiebigen Sondierungsgesprächen begannen unter Ägide der Vereinten Nationen neue Verhandlungen auf der Basis der High Level Agreements. 251 Treffen zwischen August 1980 und April 1983 zeigten einmal mehr, dass beide Seiten nach wie vor völlig unterschiedliche Vorstellungen von einer bizonalen, bikommunalen Föderation hatten. Die eigentlich schon im zweiten High Level Agreement verbindlich beschlossene Rückgabe eines seit der Invasion leer stehenden Stadtteils von Famagusta (Varosha) unter griechisch-zypriotischer Verwaltung kam nicht voran. Die türkische Seite wollte nur einen Teil der Flüchtlinge in die Geisterstadt zurückkehren lassen und sie unter türkisch-zypriotischer Verwaltung belassen. Hauptkonfrontationspunkt blieb die nach wie vor unveränderte Interpretation der High Level Agreements, die bis heute anhält: Föderation vs. Konföderation (die sich nach türkischer Vorstellung mit der Zeit in eine Föderation umwandeln könnte), griechisch-zypriotische Dominanz (in jedem Fall numerisch, aber potentiell auch politisch) vs. absoluter politischer Gleichheit (sowohl numerisch als auch qualitativ einschließlich einer rotierenden Präsidentschaft).

Auch wenn die Verhandlungen bis 1983 weitergingen, blieben die Positionen festgefahren. Der 1983 wiedergewählte griechisch-

zypriotische Präsident Kyprianou setzte weiterhin auf seine Internationalisierungskampagne und die Vereinten Nationen, während sein Gegenüber, Denktas, nun entschlossen war, das schon seit 1975 verfolgte Ziel einer Unabhängigkeitserklärung des Nordens auch gegen den Widerstand Ankaras zu verwirklichen. Eine weitere UN-Resolution zugunsten der griechischen Seite lieferte ihm den Vorwand, ein Regierungswechsel in Ankara die Gelegenheit: Der erste Schritt war die Einführung der türkischen Lira als Währung und die Einrichtung einer Zentralbank. Am 17. Juni 1983 verlangte das türkisch-zypriotische Parlament ein Referendum über die Unabhängigkeit des Nordens. In dieser gespannten Atmosphäre stellte UN-Generalsekretär Perez de Cuellar zwei Lösungsmodelle zur Diskussion: ein eher pro-griechisches (Aufteilung des Territoriums: 77:23, Verteilung von Ministern: 60:40, ein griechisch-zypriotischer Präsident und ein türkisch-zypriotischer Vize-Präsident sowie ein Zwei-Kammern-Parlament wie im Vorschlag von 1978 angedacht) und ein eher pro-türkisches (Territorium: 70:30, Minister: 70:30, rotierende Präsidentschaft, Oberhaus: 50:50/Unterhaus: 70:30). Offenkundiges Ziel war ein Kompromiss, bei dem die türkischen Zyprioten Territorium für politische Rechte tauschen sollten. Während Kyprianou die Vorschläge als Verhandlungsbasis nach längerem Zögern akzeptierte, vermied Denktas eine klare Antwort und nutzte stattdessen den Regierungswechsel in der Türkei, um am 15. November 1983 die Türkische Republik Nordzypren (TRNZ) auszurufen. Ankara erkannte die TRNZ umgehen an, während der UN-Sicherheitsrat die Unabhängigkeitserklärung für ungültig erklärte und alle Staaten aufforderte, keinen anderen zypriotischen Staat als die Republik Zypern anzuerkennen.¹

1984–1998: Im September 1984 begannen erneut Verhandlungen, bei denen sich beide Seiten auf Grundzüge einer Lösung einigten: bizonale, bikommunale Föderation, Abzug aller fremden Truppen und 29 Prozent des

¹ Vgl. Pavlos Tzermias, *Geschichte der Republik Zypern*, Tübingen 2004⁴; Michalis S. Michael, *The Road to Vienna: Intercommunal Talks Between 1974–1977*, in: *The Cyprus Review*, 4 (1992) 2, S. 93–121; James-Ker Lindsay, *A History of Cyprus Peace Proposals*, in: Andrekos Varnava/Hubert Faustmann (Hrsg.), *Reunifying Cyprus: The Annan Plan and Beyond*, London–New York 2009.

Territoriums für einen türkisch-zypriotischen Bundesstaat. Im Januar 1985 trafen sich Denktas und Kyprianou zum ersten Mal seit 1977 zu direkten Gesprächen. Während das Treffen als abschließende Verhandlungsrunde gedacht war, das mit der Unterschrift unter ein Abkommen enden sollte, bestand Kyprianou auf weiteren Verhandlungen, und die Gespräche scheiterten. Denktas, der darauf spekuliert hatte, dass sein Pendant nicht zu einem Deal bereit war, erklärte alle türkischen Konzessionen für null und nichtig. 1986 scheiterten weitere Initiativen de Cuellars an griechisch-zypriotischen Bedenken (der Abzug der türkischen Truppen und die Rückkehr der wachsenden Zahl türkischer Siedler seien in seinen Vorschlägen nicht berücksichtigt und die Staatsstruktur sei konföderal) und dem Unwillen beider Seiten, von ihren Positionen abzurücken. Erst als sich im Frühjahr 1988 die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei besserten, gelang es de Cuellar, die Führer beider Volksgruppen in Genf wieder an den Verhandlungstisch zu bringen und sich auf Gespräche auf der Basis der High Level Agreements zu einigen.

Als im August 1988 die Verhandlungen begannen, stand mit dem neu gewählten George Vassiliou erstmals ein moderater Politiker an der Spitze der griechischen Zyprioten. Im Juni 1989 präsentierte de Cuellar erneut einen UN-Vorschlag (*Set of Ideas*), der von Denktas zurückgewiesen wurde. Er lehnte nicht nur die Bestimmungen des Plans ab, sondern bestand auch darauf, dass es dem Generalsekretär der Vereinten Nationen nicht zustehe, umfassende Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Da ihm mit Kyprianou sein Hard-Liner-Pendant abhanden gekommen war, blieb ihm nichts anderes übrig, als mehr oder weniger offen alle weiteren Verhandlungen zu torpedieren. Nachdem er erfolglos direkte Verhandlungen mit Vassiliou ohne Einbeziehung der Vereinten Nationen gefordert hatte, trafen sich beide im Januar 1990 im Beisein der UN zu erneuten Gesprächen in New York. Die Verhandlungen scheiterten an Denktas' Forderung, dass die griechischen Zyprioten die Existenz zweier gleichberechtigter Völker auf Zypern anerkennen sollten, von denen beide ein separates Recht auf Selbstbestimmung (und damit auch auf Abspaltung) besäßen.

Im Juli 1990 verkomplizierte sich die Situation weiter, da die Republik Zypern einen

Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft stellte. Empört brach Denktas daraufhin die Gespräche ab. Im April 1992 präsentierte der neu gewählte UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali eine erweiterte Fassung des *Set of Ideas*, die von den griechischen Zyprioten als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wurde, während Denktas auf seinen Positionen von 1989 beharrte und sich weigerte zu verhandeln. Erneut schlug er direkte Verhandlungen zwischen beiden Seiten ohne UN-Beteiligung vor, scheiterte damit aber und endete schließlich wieder am Verhandlungstisch, um über das so genannte „Ghali-Set of Ideas“ unter Schirmherrschaft der UN zu verhandeln. Auch wenn die türkisch-zypriotische Seite 91 der mehrfach modifizierten 100 UN-Vorschläge akzeptierte, konnte keine Einigung erzielt werden, da sich Denktas weigerte, über die übrigen neun zu verhandeln. Als 1993 mit Glafkos Kliridis ein neuer griechisch-zypriotischer Präsident gewählt wurde, waren die Vorschläge endgültig vom Tisch, da er in seiner Wahlkampagne die UN-Vorschläge abgelehnt hatte.

Trotz seiner Ablehnung der jüngsten UN-Initiative war Kliridis wie sein Vorgänger ein moderater Politiker, der ernsthaft versuchte, die Insel auf der Basis der High Level Agreements wiederzueinigen. Das gleiche kann man von Rauf Denktas nicht sagen. Mitte der 1990er Jahre erklärte er, dass er eine föderale Lösung nicht länger akzeptieren könne und bestand von nun an darauf, dass jede Lösung aus einer losen Konföderation zweier souveräner Staaten bestehen sollte. Zudem forderte er, dass vor dem Beginn erneuter Verhandlungen die Anerkennung seines Staates und seiner Volksgruppe stehen müssten. Allen Beteiligten war klar, dass auf dieser Basis keine Verhandlungen beginnen konnten.¹²

1998–2008: Ende der 1990er Jahre änderten sich die Rahmenbedingungen des Zypernproblems dramatisch. 1998 begannen die Beitrittsverhandlungen der Republik Zypern mit der Europäischen Union. Zunächst gingen Denktas wie auch die Türkei (die die Status-quo-Politik von Denktas voll unterstützte und bei allen Verhandlungen seit 1974 ohnehin immer eine entscheidende Rolle spielte und bis heute das letzte Wort hat), davon aus,

dass es die EU nicht zu einer Konfrontation mit Ankara über Zypern kommen lassen und der Beitrittsantrag keinerlei Aussicht auf Erfolg haben werde. Um sicher zu gehen, drohte die Türkei offen damit, den Norden zu annektieren, sollte die Republik Zypern Vollmitglied der EU werden.

Als sich abzeichnete, dass die EU die Republik Zypern auch ohne eine Lösung des Zypernkonflikts aufnehmen würde, begannen im Januar 2002 erneute Verhandlungen unter Federführung der UN mit dem Ziel, erstmals einen alle Aspekte einer Lösung umfassenden Plan zu erstellen. Dabei konnten aber erst Fortschritte erzielt werden, als in der Türkei im November eine neue Regierung an die Macht kam. Die AKP-Regierung rückte von der langjährigen türkischen Position ab, nach der die 1974 geschaffenen Fakten die Lösung des Zypernproblems darstellten, um die eigenen EU-Ambitionen auf eine realistische Grundlage zu stellen. Mit einer EU-Perspektive vor Augen und durch jahrelange ökonomische und politische Isolation frustriert, begannen nun auch die türkischen Zyprioten öffentlich Denktas die Gefolgschaft zu verweigern, bis er 2003 und 2004 politisch mehr und mehr kalt gestellt wurde. Er wurde durch den gemäßigten linken Oppositionspolitiker Mehmet Ali Talat ersetzt. Damit dominierten auf türkischer und auf türkisch-zypriotischer Seite erstmals moderatere Politiker, auch wenn starke Kräfte innerhalb des Militärs und des Beamtenapparates, die eher Denktas-Positionen vertraten, ihren Einfluss zu wahren suchten und sich in einem auch über die Zypernfrage ausgetragenen Machtkampf mit der AKP-Regierung befanden und befinden. Die griechischen Zyprioten wählten hingegen 2003 mit Tassos Papadopoulos einen Hardliner zum Präsidenten.

Es dauerte bis Anfang 2004, ehe die Endfassung eines erstmals alle Aspekte einer künftigen politischen Ordnung umfassenden Lösungsplanes erarbeitet war.

Kernpunkte des nach dem Generalsekretär der Vereinten Nationen benannten Annan-Plans waren:

- Vom Parlament gewählte Regierung, bestehend aus vier griechischen und zwei türkischen Zyprioten; kollektive Führung mit Vetorechten für beide Volksgruppen;

¹² Vgl. P. Tzermias (Anm. 1); J.-K. Lindsay (Anm. 1).

- Zwei-Kammern-Parlament nach 1978er Modell;
- 27 Prozent des Territorium für den Norden;
- Ambivalenz: Gründung eines neuen Staates durch zwei gleichberechtigte Staaten (wie von der türkischen Seite gefordert, von der griechischen Seite aber als möglichen Ausgangspunkt für eine spätere Abspaltung abgelehnt) oder Umwandlung der bestehenden Republik Zypern in einen neuen Staat (wie von der griechischen Seite gefordert);
- Ambivalenz: Föderation oder Konföderation;
- Rückkehr von mehr als der Hälfte der Flüchtlinge unter griechisch-zypriotischer Verwaltung und Umsiedelung von mehreren zehntausend türkischen Zyprioten;
- Staatsangehörigkeit für mehr als 45 000 türkische Einwanderer;
- Erhebliche und dauerhafte Beschränkungen bei der Rückkehr der griechischen Flüchtlinge und der Niederlassungsfreiheit im Norden;
- Dauerhafte griechische und türkische Militärpräsenz;
- Griechenland und die Türkei bleiben zusammen mit Großbritannien Garantiemächte mit Interventionsrecht.

In zwei gleichzeitig stattfindenden Volksabstimmungen wurde der Plan von den griechischen Zyprioten abgelehnt. Die türkischen Zyprioten hingegen stimmten für den Lösungsvorschlag. Eine deutliche Mehrheit im Süden betrachtete das vorgeschlagene Staatswesen als unregierbar, ungerecht und pro-türkisch. Viele griechische Zyprioten vertrauten darauf, dass ihre nur wenige Tage nach den Referenden erreichte EU-Mitgliedschaft zu einem besseren Abkommen führen werde. Die internationale Staatengemeinschaft hingegen war sich in ihrer Kritik am griechisch-zypriotischen Votum und der negativen Haltung ihres Präsidenten weitgehend einig.

Bis zum Frühjahr 2008 gab es kaum Fortschritte in der Zypernfrage, was vor allem –

aber nicht nur – an der offen intransigenten Haltung von Papadopoulos lag. Mit der Wahl des Linken Dimitris Christofias zum Präsidenten im Februar 2008 änderte sich dann das Klima schlagartig. Direkte Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen begannen, die erstmals in der modernen Geschichte Zyperns von zwei als moderat geltenden Politikern geführt werden und große Hoffnungen geweckt haben. Eine erste, eher vorbereitende Phase der Verhandlungen endete im Juli 2008 ohne große substantielle Fortschritte. Seit September 2008 versuchen Talat und Christofias in direkten Verhandlungen im Beisein eines UN-Vertreters eine Lösung „von Zyprioten für Zyprioten“ zu erzielen. Mit Sicherheit wird es beiden nicht gelingen, sich in allen Punkten zu einigen.

Sollte es genügend Fortschritte geben, werden in einem fortgeschritteneren späteren Stadium der Verhandlungen Vermittler, ebenso wie die bisher im Hintergrund agierenden Mutterländer und Garantiemächte Türkei und Griechenland, zu den Verhandlungen hinzustoßen und versuchen, das seit Jahrzehnten Unmögliche möglich zu machen.

Dass das gelingen wird, ist leider äußerst zweifelhaft. Die EU-Beitrittsperspektiven der innenpolitisch gespaltenen Türkei sind drastisch gesunken, was Konzessionen unwahrscheinlich macht. Die Lösungsvorstellungen der drei Hauptbeteiligten – griechische und türkische Zyprioten sowie die Türkei (Griechenland wird jeder für die griechischen Zyprioten akzeptablen Lösung zustimmen) – liegen nach wie vor meilenweit auseinander und haben sich in den zentralen Fragen nicht oder nur graduell verändert.¹³

¹³ Vgl. P. Tzermias (Anm. 1); Glafkos Kliridis, *Negotiating for Cyprus 1993–2003*, Ruppolding 2008; A. Varnava/H. Faustmann (Anm. 1); Hubert Faustmann, *History in the Making? A New Drive for a Solution to the Cyprus Problem*, in: *Mediterranean Politics*, 13 (2008) 3, S. 453–458.

Ayla Gürel

Eigentums- und Bevölkerungsfragen im geteilten Zypern

Seit 1974 ist Zypern *de facto* in zwei Zonen geteilt, die von den beiden Volksgruppen der Insel getrennt verwaltet werden. 36 Prozent des Gebiets der ursprünglichen Republik Zypern im Norden befinden sich unter der Kontrolle der türkischen Zyprioten (TZ); der größere, im Süden liegende Teil – 62 Prozent – wird von griechischen Zyprioten (GZ) regiert. Dazwischen liegt die von UN-Friedenstruppen kontrollierte Pufferzone.

Ayla Gürel

Dr. PhD, geb. 1959;
wissenschaftliche Mitarbeiterin
am International Peace Research Institute (PRIO) Cyprus
Centre in
Nikosia/Zypern.
aylagurel@superonline.com
prio.ayla@cytanet.com.cy

Lange vor dieser territorialen Teilung waren GZ und TZ bereits voneinander getrennt, und es existierten zwei separate Verwaltungen. 1963 zerbrachen die Vereinbarungen der Republik Zypern über eine bikommunale Machtteilung – im Wesentlichen aufgrund Präsident Makarios' Bestrebungen, Zypern griechisch zu machen, indem er die TZ ihres von der Verfassung garantierten Status politischer Gleichheit beraubte. Infolgedessen zogen sich die TZ aus Sicherheitsgründen in zahlreiche kleine, über die Insel verstreute Enklaven zurück, die zusammen etwa drei Prozent der Inselfläche ausmachten. Dort blieben sie bis 1974. Nachdem sie allmählich aus allen Institutionen der Republik Zypern vertrieben worden waren, bildeten die TZ ihre eigene Verwaltung. Die zypriotische Regierung – jetzt eine rein griechisch-zypriotische Verwaltung – behielt die Kontrolle über die gesamte Republik mit Ausnahme der Enklaven. Trotz der offensichtlichen Abwesenheit der TZ hat diese Verwaltung seit 1964 den Anspruch und nach und nach

auch die internationale Akzeptanz gewonnen, die einzig rechtmäßige Regierung der Republik Zypern und der einzige international anerkannte zypriotische Staat zu sein.¹

Nach der türkischen Militärintervention als Reaktion auf den von Griechenland unterstützten griechisch-zypriotischen *Enosis*-Putsch (von der Athener Militärjunta ausgelöster Staatsstreich), mit dem Ziel des Anschlusses Zyperns an Griechenland, und der gewaltsamen Teilung im Jahr 1974 wurde die Autorität dieser rein griechisch-zypriotischen Regierung auf den südlichen Teil der Insel begrenzt. Die provisorische türkisch-zypriotische Verwaltung von 1964 bis 1974 regierte den Norden und gründete 1983 die „Türkische Republik Nordzypern“ (TRNZ), die nur von der Türkei anerkannt wird. Seit 1974 hat die Türkei rund 35 000 Soldaten auf der Insel stationiert, die angeblich aus Sicherheitsgründen bis zu einer umfassenden Einigung dort bleiben sollen.

Bevölkerungstransfers

Die Teilung hatte drastische Konsequenzen für die demographische Lage, die Reise- und Niederlassungsfreiheit sowie die Besitzrechte der Zyprioten. 1974 betrug die Gesamtbevölkerung der Insel schätzungsweise 641 000 Einwohner, davon 506 000 (78,9 %) GZ, 118 000 (18,4 %) TZ sowie Ausländer. Infolge der Teilung wurde etwa ein Drittel der Bevölkerung zu Flüchtlingen. Fast alle der rund 162 000 griechisch-zypriotischen Bewohner des Nordteils flohen in den Süden, wo zuvor 344 000 GZ lebten. Im Gegenzug suchten fast alle der rund 48 000 TZ aus dem Süden Zuflucht im Norden, wo etwa 70 000 TZ lebten. Diese Bevölkerungstransfers haben dazu geführt, dass beide Inselteile heute ethnisch so gut wie homogen sind. 29 Jahre lang war es für Zyprioten nahezu unmöglich, sich zwischen dem Norden und dem Süden zu bewegen. Dies änderte sich im April 2003, als die türkisch-zypriotischen Behörden einseitig entschieden, Grenzübertritte zuzulassen.

¹ Dies erfolgte ohne jegliche Formalitäten, wie etwa einer Neuverhandlung der international bestätigten Zypernabkommen von 1960. Selbst die Großmächte haben sich an dieser Anomalität bislang offensichtlich nicht gestört.

Die Tatsache, dass 1974 fast ein Drittel der griechisch-zypriotischen und die Hälfte der türkisch-zypriotischen Volksgruppe vertrieben worden war und ihr Zuhause und ihr Eigentum verloren hatte, führte zu gewaltigen humanitären Problemen – insbesondere im Süden. Hier war die Situation aufgrund des plötzlichen Zustroms so vieler Vertriebener und mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten schwieriger als im Norden. Dort empfanden die TZ den Umzug von zuvor drei auf jetzt 36 Prozent der Inselfläche als Freiraum. Die größte Herausforderung im Norden bestand darin, die zurückgebliebenen umfangreichen Ressourcen der GZ effizient und produktiv zu nutzen, was durch die unzureichende Zahl von TZ erschwert wurde. In den vergangenen drei Jahrzehnten fanden die Vertriebenen in beiden Inselteilen ihren Platz und passten sich weitgehend an ihre neue Umgebung an. Ihre Eigentumsansprüche sind jedoch bis heute ungeklärt.¹²

Seither hat sich das Leben auf beiden Seiten recht unabhängig voneinander entwickelt. Es bildeten sich zwei getrennte zypriotische Gesellschaften mit eigenem Staatswesen, eigener Wirtschaft und eigenen gesellschaftlichen Strukturen, was weitere Konflikte nach sich zog. Neben den aus den Bevölkerungstransfers von 1974/75 entstandenen Problemen ist der umstrittenste Punkt die Migration aus Drittländern nach Nordzypern, insbesondere aus der Türkei. Diese im Wesentlichen humanitären Probleme sind mit den politischen Aspekten der Teilung verwoben und deshalb nicht nur ungeklärt, sondern geradezu unlösbar geworden. Beide Seiten betrachten sie als zentrale Elemente einer Problemlösung. Hierzu gehören zum Beispiel Bizonalität, politische Gleichberechtigung, der politische und rechtliche Status der beiden Verwaltungen und ihre politische und rechtliche Relevanz bei der Bildung eines neuen zypriotischen Staates nach einer Lösung.

Unterschiedliche Wahrnehmungen

Wie die „ungelöste Teilung Zyperns“ – nach den Worten der Vereinten Nationen (UN) –

¹² Es gibt keine fundierten, von beiden Seiten akzeptierten Zahlen über den Umfang des Eigentums. Das Privateigentum der GZ im Norden liegt zwischen 64 und 79 Prozent der Fläche. Im Süden sind etwa 14 bis 22 Prozent im Privatbesitz der TZ.

geregelt werden soll, steht im Zentrum der interkommunalen Verhandlungen, die unter UN-Ägide mit Unterbrechungen seit fast vier Jahrzehnten laufen. Etwa seit 1977 ist das beiderseits akzeptierte Verhandlungsziel die *Wiedervereinigung* auf einer *bizonalen* Basis. Doch konnte man sich in all den Jahren nicht darauf einigen, was „Wiedervereinigung“ und „Bizonalität“ eigentlich bedeuten sollen. Es handelt sich dabei offenbar um eine Kompromissformel, welche die beiden widersprüchlichen Sichtweisen auf die gegenwärtige *Teilung* in Einklang bringen soll. Aus griechisch-zypriotischer Sicht ist sie eine „Bedrohung für das Überleben des zypriotischen Griechentums in seinem angestammten Land und für die Wiederherstellung der Einheit seines historischen Raums“, während die TZ die Teilung als eine „gleichwohl noch anzupassende Basis für eine bizonale Lösung sehen, die die Sicherheit und Freiheit der TZ gegenüber der drohenden griechischen Dominanz garantiert“. Das vorrangige Anliegen der GZ ist also die Wiedervereinigung, während für die TZ die Bizonalität größere Bedeutung hat.

Aus Sicht der TZ war die türkische Militäroperation eine legitime Intervention gegen den Pro-*Enosis*-Putsch vom 15. Juli 1974. Sie verhinderte die im Falle eines erfolgreichen Putsches befürchtete Vernichtung der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Aus dieser Perspektive war die nachfolgende Teilung notwendig und gerechtfertigt, um die Unterdrückung der TZ durch die GZ seit dem Zusammenbruch der bikommunalen Regierung im Jahr 1963 zu beenden. Alle TZ konnten in eine Sicherheitszone im Norden ziehen und dort unabhängig und frei von griechischer Vorherrschaft leben. Aus dieser Sicht, die das traumatische Erleben der GZ außer Acht lässt, brachte die türkische Intervention 1974 der Insel „Frieden“.

In der Wahrnehmung der GZ hat das Zypernproblem hingegen erst im Juli 1974 begonnen. Sie neigen dazu, den zuvor vorhandenen Volksgruppenkonflikt und die schwierigen Lebensumstände der TZ, als sie der politischen Vertretung im eigenen Land beraubt worden waren, zu übersehen – ebenso wie den auf *Enosis* zielenden Putsch, der die türkische Militäroperation auslöste. Für sie ist die derzeitige griechisch-zypriotische Verwaltung die *rechtmäßige* Regierung der Republik Zypern. Das *einzige* Problem in Zy-

pern bestehe darin, dass diese Regierung aufgrund der „illegalen Besetzung“ durch die Türkei keine Souveränität über ein Drittel ihres Territoriums habe. Die Bildung einer türkischen Zone im Norden, die der türkisch-zypriotischen Auffassung von Bizonalität entspräche, ist für GZ inakzeptabel. Denn dies würde bedeuten, dass griechisch-zypriotische Flüchtlinge nicht zurückkehren könnten; außerdem führte es zur Beseitigung all dessen, was in diesem Inselteil ursprünglich griechisch war. Die GZ sehen darin keine Wiedervereinigung, sondern eine Verfestigung der Teilung.

Nach türkisch-zypriotischer Auffassung ist es für die Sicherheit und den Frieden auf der Insel notwendig, dass GZ und TZ eher neben- als miteinander leben. Es wird generell davon ausgegangen, dass die Trennung der beiden Volksgruppen dauerhaft ist und dass jede Volksgruppe „ihre eigene innere Struktur in ihrem eigenen Gebiet“ organisieren soll. Gegenseitige Eigentumsansprüche könnten dann in beiderseitigem Einverständnis über einen umfassenden Besitztausch und Kompensationen gelöst werden. Eine solche Einigung wurde zwar nie erzielt, aber dieses Prinzip bestimmte die Praxis bei der Umsiedlung türkisch-zypriotischer Flüchtlinge aus dem Süden sowie den Umgang mit dem Besitz griechisch-zypriotischer Flüchtlinge.

Eigentumsansprüche

Der Aufbau einer neuen Wirtschaft und Gesellschaft im Norden beruhte im Wesentlichen auf den Besitztümern, welche die GZ zurückgelassen hatten. Eine Reihe einseitig verabschiedeter gesetzlicher Maßnahmen sollten diesen Prozess unterstützen. Das Ziel war die „Verteilung der Ressourcen zur Rehabilitierung“ bestimmter Bevölkerungsgruppen „gemäß den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung“. Griechisch-zypriotisches Eigentum wurde zunächst nur zur Nutzung, doch später auch als Besitz an folgende Personengruppen verteilt: an türkisch-zypriotische Flüchtlinge aus dem Süden, an Rückkehrer, die vor 1974 emigriert waren sowie – bis 1982 – an türkische Einwanderer, die offiziell zur Entwicklung Nordzyperns benötigt wurden und die Staatsbürgerschaft erhielten. Des Weiteren wurde es an Opfer des Konflikts, türkisch-zypriotische Widerstandskämpfer, türkische Soldaten, die nach dem Krieg 1974 in Zypern geblieben waren sowie an TZ mit geringem Einkommen verteilt.

Ein Aspekt des Verteilungsprozesses war die Vorstellung von „gleichwertigem Besitz“. Personen, die ihr Eigentum im Süden zurückgelassen hatten oder deren Eigentum im Norden bei den Kämpfen zerstört

worden war, erhielten „verlassenes“ griechisch-zypriotisches Eigentum gleichen Wertes. Darüber hinaus wurde ein Bewertungs- und Tauschsystem mit einer „Punkte-Einheit“ eingeführt. „Punkte“ konnten gegen griechisch-zypriotisches Eigentum eingetauscht, gehandelt, verschenkt oder vererbt werden. Sowohl griechisch-zypriotisches Eigentum im Norden als auch türkisch-zypriotisches Eigentum im Süden wurde nach Punkten bewertet. Die türkisch-zypriotische Regierung vergab außerdem „Kompensationspunkte“ an verschiedene Personengruppen wie Opfer des Konflikts, Widerstandskämpfer oder Kriegsteilnehmer. Diese Punkte konnten gegen griechisch-zypriotischen Besitz im gleichen Punktwert eingetauscht werden. Personen mit geringem Einkommen und türkische Einwanderer, die sich vor 1982 niedergelassen hatten, konnten Punkte kaufen und damit griechisch-zypriotischen Besitz erwerben. Auf diese Weise wurde das „verlassene“ griechisch-zypriotische Eigentum nach und nach Teil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur im Norden. Seit 1974 machte man damit Geschäfte mit beträchtlichem Gewinn. Das überwiegende griechisch-zypriotische Eigentum im Norden befindet sich mittlerweile in neuem privaten oder öffentlichen Besitz, kann vererbt, verpfändet, gehandelt oder an Ausländer verkauft und für private oder öffentliche Nutzung erschlossen werden.

Die griechisch-zypriotische Sicht auf die Teilung und auf die Ansprüche von Vertriebenen unterscheiden sich grundsätzlich. Sowohl die Regierung als auch weite Teile der Bevölkerung betrachten die Teilung als einen vorübergehenden Zustand, der mit dem Rückzug der türkischen Armee und der Auflösung des „ungesetzlichen“ türkisch-zypriotischen Staates beendet sein wird. Die Anrechte von GZ auf ihre Häuser und Besitztümer könnten niemals einer bizonalen Lösungsformel geopfert werden. Zudem ist die seit 1974 stattfindende Einwanderung in den Norden – zumeist aus der Türkei – für GZ äußerst problematisch, wurde sie doch als Teil einer „systematischen Politik der Kolonisierung des besetzten Teils Zyperns“ gewertet. Aus ihrer Sicht soll diese Politik gezielt das „Bevölkerungsgleichgewicht“ zwischen GZ und TZ verzerren, um die Forderungen der TZ nach Bizonalität und politischer Gleichberechtigung zu rechtfertigen. Die GZ befürchten, dass dadurch nicht nur ihre Rückkehr in den Norden verhindert werde, sondern dass „infolge der Kolonisierung Nordzyperns durch Siedler aus der Türkei die GZ nach und nach aus Zypern verdrängt werden“. Für die meisten GZ ist eine Wiedervereinigung unvorstellbar ohne die Rücknahme der beiden wichtigsten „illegalen türkischen *Faits accomplis*“: die Beschlagnahmung griechisch-zypriotischen Eigentums und die demographischen Veränderungen durch den Bevölkerungszustrom aus der Türkei.

Nach Auffassung der griechisch-zypriotischen Seite gehört jedes Eigentum dem jeweils ursprünglichen Besitzer vor 1974. Es wird gefordert, dass eine Lösungsvereinbarung die inselweite Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit sicherstellen muss sowie das Besitzrecht, verbunden mit der Anerkennung der Rechte aller Flüchtlinge auf ihre Häuser und Besitztümer. Die griechisch-zypriotische Regierung hat indessen ihren Innenminister als „Treuhandler“ allen türkisch-zypriotischen Eigentums im Süden eingesetzt. Er verwaltet und verteilt den Besitz „mit dem Ziel, die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu erfüllen und die Interessen der [türkisch-zypriotischen] Vorbesitzer zu vertreten“. Die meisten türkisch-zypriotischen Besitztümer wurden entweder an griechisch-zypriotische Flüchtlinge verpachtet (zu einem niedrigeren Wert als der Marktzins) oder an die Regierung, Gemeinden und gemeinnützige Organisationen (zum Marktzins). Gesetze regeln außerdem die Zwangsübernahme und den Zwangsverkauf türkisch-zypriotischen Eigentums unter bestimmten Bedingungen. Demnach ist die Überschreibung des Besitzrechts auf eine andere Person ausgeschlossen und nur ausnahmsweise erlaubt, wenn sie günstig für den Besitzer oder im öffentlichem Interesse notwendig ist.

Auch wenn die griechisch-zypriotische Regierung die Eigentumsrechte aller Flüchtlinge respektiert, so hindert die derzeitige Praxis im Süden TZ daran, diese einzufordern oder Kompensationszahlungen zu erhalten, solange keine Lösung gefunden ist. Die Regierung hat es in der Zwischenzeit zugelassen, dass ein großer Teil türkisch-zypriotischen Eigentums durch „Entwicklung und ertragreiche Nutzung“ sowohl für private als auch für öffentliche Zwecke wie etwa den Bau von Flüchtlingsunterkünften oder Infrastrukturmaßnahmen genutzt wird. Dies könnte die vollständige Rückgabe solchen Eigentums in Zukunft unmöglich machen.

An anderer Front haben die GZ versucht, den Entwicklungen im Norden entgegenzuwirken, indem sie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in hunderten von Fällen gegen die Türkei geklagt haben. In mehreren Urteilen hat der EGMR bislang entschieden, dass griechisch-zypriotische Flüchtlinge die Eigentümer ihres zurückgelassenen Besitzes im Norden bleiben und dass die Verletzung ihrer Besitzrechte gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Diese Entscheidung stellt die Rechtsgültigkeit der TRNZ-Gesetzgebung hinsichtlich griechisch-zypriotischen Eigentums in Frage. Die türkisch-zypriotische Verwaltung hat daher neue Gesetze zum Umgang mit Eigentumsansprüchen von GZ verabschiedet. Eine „Grundbesitzkommission“ wurde eingesetzt, die über drei alternative Formen der Ent-

schädigung entscheiden kann: Rückgabe des Grundbesitzes unter bestimmten Bedingungen, Besitzaustausch oder Kompensationszahlungen. Die Kommission hat bislang mehr als 370 Anträge von GZ erhalten und etwa 50 davon bearbeitet. Diese Vorgehensweise erfüllt im Prinzip die Anforderungen des EGMR, der die Einrichtung begrüßt, jedoch noch nicht darüber entschieden hat, ob er sie als „efficient domestic remedy“ unter der Maßgabe der Europäischen Konvention anerkennen wird.

Bevölkerungsentwicklungen

Im Hinblick auf die Bevölkerung hat sich seit 1974 viel verändert.¹³ Heute leben etwas mehr als eine Million Menschen mit Staatsbürgerschaft oder ständigem Wohnsitz auf der Insel, davon 75 Prozent im Süden. Nach Schätzungen aus dem Jahr 2005 sind 86 Prozent der Bevölkerung im Süden Staatsbürger der Republik Zypern und 14 Prozent Ausländer. Eine Volkszählung im Norden ergab 2006 eine Einwohnerzahl von *de jure* 256 644, wovon etwa 69 Prozent (178 031) Staatsbürger der TRNZ und 31 Prozent (78 613) Ausländer sind. Darüber hinaus gibt es auf beiden Seiten eine ungesicherte Zahl illegaler Einwanderer. Auf der gesamten Insel macht der Anteil der Staatsbürger 81 Prozent der Bevölkerung aus. Das Verhältnis dieser Staatsbürger beträgt etwa 4:1 zwischen Süd und Nord und entspricht damit ungefähr dem Verhältnis von griechischen und türkischen Zyprioten im Jahr 1974.

Eine Aufschlüsselung nach Geburtsort der TRNZ-Bürger zeigt, dass 147 405 in Zypern geboren wurden (120 031 mit Eltern, die beide in Zypern geboren wurden, 10 361 mit einem Elternteil aus Zypern und einem aus der Türkei und 16 824 mit Eltern aus der Türkei), 27 333 haben ihren Geburtsort in der Türkei, und der Rest kam in anderen Ländern zur Welt. Die Anzahl der Bewohner ohne Staatsbürgerschaft ist in Nordzypern außergewöhnlich hoch. Der größte Teil davon sind Türken (70 525), die zumeist im Baugewebe und im Tourismus beschäftigt oder als Studenten an den sechs Universitäten der TRNZ eingeschrieben sind.

Die türkisch-zypriotischen Behörden und die türkische Regierung haben die Ansiedlung von Türken etwa bis 1980 gezielt gefördert. Die Einwanderer dieser Zeit erhielten sofort die Staatsbürgerschaft sowie griechisch-zypriotischen Besitz. Damit sollte die türkische Bevölkerung gestärkt und eine wachstumsfähige Wirtschaft im Norden aufgebaut werden. Etwa 20 000 Türken folgten diesem Ruf. Nach der Art und Weise,

¹³ Für eine umfassende Analyse siehe Mete Hatay, *Is the Turkish Cypriot Population Shrinking*, PRIO Report, (2007) 2; und ders. *Beyond Numbers*, PRIO Report, (2005) 4.

wie sie nach Zypern gebracht wurden, kann man sie als „Siedler“ bezeichnen. Interne Spannungen und nicht zuletzt der internationale Druck aufgrund griechisch-zypriotischer Proteste führten in den frühen 1980er Jahren zu einem Ende dieser Privilegien und beendeten diese Politik. Seither kommen türkische Einwanderer auf eigene Initiative nach Nordzypern. Meist sind es Wirtschaftsmigranten, die zum Teil auch die Staatsbürgerschaft erwerben. Seit 2004 bemüht sich die türkisch-zypriotische Regierung um Maßnahmen zur Regelung der Einwanderung und Einbürgerung.

Bevölkerungs- und Eigentumsfragen im geteilten Zypern haben viele Facetten mit humanitären und gesetzlich-normativen Dimensionen. Die eigentliche Problematik liegt aber in ihrer Verwicklung in das, was die Zyprioten als politische Lösung betrachten. Bei einer Lösung, die den Übergang von der derzeitigen De-facto-Teilung zu einer „bizonalen Wiedervereinigung“ mit all diesen Problemen meistern will, muss es sich wohl um einen pragmatischer Kompromiss handeln, wie der gescheiterte UN-Lösungsplan von 2004. Die Frage ist: Wie können beide Seiten in Zypern davon überzeugt werden, solch eine Lösung zu akzeptieren? Die Antwort ist nicht einfach.

Der frühere griechisch-zypriotische Präsident Glafkos Kliridis brachte dies auf den Punkt: „Ebenso wie die griechischen Zyprioten wollten, dass Zypern ein griechisch-zypriotischer Staat mit einer geschützten türkisch-zypriotischen Minderheit sein sollte, unternahm die türkische Seite jegliche Anstrengung, dies zu verhindern und das Partnerschaftskonzept aufrecht zu erhalten, wie es das Zürcher Abkommen ihrer Meinung nach vorsah. Es ging also um einen Prinzipienstreit, und daher haben sich beide Seiten darauf eingestellt, weiter zu diskutieren, wenn nötig auch zu streiten und nicht nach Kompromissen zu suchen.“¹⁴

¹⁴ Cyprus: My Deposition, Nicosia 1990, Band 3, S. 105.

Übersetzung der Texte von Ayla Gürel, Yiannis Papadakis und Murat Ilcan Erdal aus dem Englischen: Dorothee Pilavas/Dortmund.

Yiannis Papadakis

Griechischer, türkischer oder „zypriotischer“ Kaffee

Als sich die beiden Vertreter der zypriotischen Volksgruppen, der Grieche Dimitris Christofias und der Türke Mehmet Ali Talat, am 21. März 2008 zum ersten Mal trafen, stellte ein Journalist eine schwierige Frage: „Haben Sie griechischen oder türkischen Kaffee getrunken?“ „Zypriotischen Kaffee“, antwortete Christofias.

Auf eine andere Frage sagte er später: „Herr Talat und ich sind Freunde, wir können niemals Feinde werden.“ Talat schien beidem zuzustimmen.

Beide Aussagen sind sehr wichtig und zugleich fragwürdig. Die erste wegen ihrer politischen Bedeutung: Selbst Kaffee weckt in Zypern politische Assoziationen. Bei der zweiten stellt sich die Frage nach ihrer Verlässlichkeit und Beständigkeit, woran Zweifel aufkommen, wie sich heute, nur wenige Monate später, zeigt. Aber eigentlich bringen beide dasselbe zum Ausdruck, nur mit anderen Worten. Eine damit verbundene Frage, die allerdings nicht gestellt wurde, hätte die Kaffeetasse betroffen, aus der die beiden Politiker getrunken haben, aber darauf werde ich an Ende zurückkommen.

Das mit dem Kaffee ist eigentlich lächerlich, denn jeder weiß, dass dieser sich durch nichts unterscheidet. Zum Beispiel verkauft eine Firma in Deutschland den gleichen Kaffee in zwei verschiedenen Verpackungen: eine mit griechischer Beschriftung und der Abbildung des Parthenon, die andere mit türkischer Aufschrift und dem Bild einer Moschee. Die Diskussion über die Zugehörigkeit des Kaffees ist ein Beispiel für die Macht des Na-

Yiannis Papadakis

Dr. PhD, geb. 1964; Professor für Sozial- und Politikwissenschaften an der Universität Zypern in Nikosia.
papada@ucy.ac.cy

tionalismus, der selbst gemeinsame Aspekte der Alltagskultur zu entzweihenden Themen machen kann. Das beste Beispiel dafür ist ein zweisprachiges Schild vor einem öffentlichen Bad auf der griechisch-zypriotischen Seite. Auf griechisch steht da „Ellinikon Loutron“ (Griechisches Bad), die englische Übersetzung lautet „Türkisches Bad“.

Über Esel und nationale Identität

Kaffee und auch die zypriotischen Esel sind zu Metaphern für höchst umstrittene Meinungen über Identität geworden. Die Diskussion um die Esel begann im Februar 1999, als der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Rauf Denктаş einer akademischen Besuchergruppe erklärte, dass es keine zypriotische Nation gebe, sondern nur zypriotische Esel. Dies führte zu heftigem Protest, insbesondere von Seiten der türkisch-zypriotischen Linken. Talat, Vorsitzender der sozialdemokratischen CTP (Republican Turkish Party), reagierte mit einer Presseerklärung, in der er Denктаş' Aussage als schwerwiegenden Angriff auf türkische Zyprioten bezeichnete. Linke Zeitungen druckten Artikel mit Überschriften wie „Das Volk antwortet Denктаş mit einer Stimme: Wir sind Zyprioten, keine Esel“. Ein anderer Artikel bezeichnete Zypern im Scherz als „Land der Esel (Eshekistan)“. Es gab viele aufgebrachte Leserbriefe: „Wie viele Esel werden Denктаş dieses Jahr wählen?“ oder „Natürlich sind wir Esel, wie könnten wir sonst diese schwere Last tragen?“, womit die aktuelle Führung gemeint war. Talat warf Denктаş außerdem vor, dass er nie an eine Föderation und die Wiedervereinigung geglaubt, sondern immer eine Teilung Zyperns angestrebt habe. Özker Özgür, der vorherige Vorsitzende der CTP, schrieb in einem Artikel unter der Überschrift „Denктаş ist der gleiche Denктаş“, dass dieser in der Vergangenheit viele ähnliche Bemerkungen gemacht habe, dass es in Zypern keine Zyprioten gebe, weder türkische noch griechische, nur Türken auf der einen und Griechen auf der anderen Seite.

Denктаş reagierte heftig auf die Kommentare der Linken. Seine Äußerungen seien absichtlich falsch interpretiert worden. Im Gegenzug beschuldigte er Talat, dass dieser jetzt die Gelegenheit nutze, seine, Denктаş', Äußerung zu verdrehen, weil er einst Wählerstim-

men mit dem Statement „Die Türkei ist nicht mein Vaterland“ verloren habe. Damit wolle er sich jetzt reinwaschen. Außerdem beschuldigte Denктаş Talat, er versuche „uns unter dem Deckmantel der Cypriotness unser Türkentum vergessen zu lassen“. Und er fügte hinzu: „Wir sind nur in geografischer Hinsicht Zyprioten. Wir sind Türken, ein Teil der türkischen Nation, der niemals abgeschnitten oder getrennt werden kann.“ Sodann berief er sich auf einen vermeintlichen Verbündeten für sein Argument. Er behauptete, der verstorbene griechisch-zypriotische Führer Makarios habe einst etwas Ähnliches gesagt. Denктаş erzählte, dass er Makarios gefragt habe, wie er als Präsident der zypriotischen Nation für *Enosis*, den Anschluss Zyperns an Griechenland, eintreten könne. Makarios habe geantwortet, dass es keine zypriotische Nation gebe: „Wir sind Griechen, die in Zypern leben“, habe er gesagt und hinzugefügt, dass das einzige Lebewesen auf Zypern, das von sich behaupten könne, ein Zypriot zu sein, der Esel sei. Türkisch-zypriotische Kommentatoren zeigten sich erstaunt, dass sich Denктаş nach all den Jahren und all den Kämpfen gegen Makarios jetzt daran erinnere, dass er sich mit Makarios über etwas einig war.

Hat sich Makarios jemals so geäußert? Der Teil über die Esel lässt sich schwer nachweisen, aber Makarios hat einige Bemerkungen darüber gemacht, dass es in Zypern keine zypriotische Nation gebe. Diese fielen hauptsächlich nach 1960, als griechische Zyprioten trotz der Unabhängigkeitserklärung immer noch *Enosis* und türkische Zyprioten *Taksim*, die Teilung, anstrebten. Dies änderte sich allerdings nach 1974, als die griechischen Zyprioten eine Wiedervereinigung wollten. Die griechisch-zypriotischen Führer sprachen nun offiziell von „einem Volk“ in Zypern, weil sie auf eine Wiedervereinigung hofften, während die türkisch-zypriotische Führung in dieser Zeit von „zwei Völkern“ sprach, weil sie die Teilung – in welcher Form auch immer – erhalten wollte. Das ist ein wichtiger Streitpunkt nicht nur zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, sondern auch unter den türkischen Zyprioten selbst. Linke türkisch-zypriotische Parteien sind eher für eine Wiedervereinigung als rechte. Die ganze Diskussion über die Esel und ob es ein zypriotisches Volk oder eine zypriotische Nation gebe, bringt diese Uneinigkeit unter den türkischen Zyprioten zum Ausdruck: Diejenigen, die

eher für eine Wiedervereinigung sind, vor allem die Linken, sprechen mehr über Gemeinsamkeiten zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen; diejenigen, die eher für eine Teilung sind, wie etwa die türkisch-zypriotischen Rechten, mehr über die Unterschiede von Griechen und Türken in Zypern.

Vertreter der türkisch-zypriotischen Linken prophezeiten, dass türkische Zyprioten bald zu einer seltenen und bedrohten Art wie der zypriotische Esel werden könnten, weil immer mehr türkische Zyprioten ins Ausland zögen und sich mehr und mehr Menschen aus der Türkei in Zypern niederließen. Obwohl sich türkische ebenso wie griechische Zyprioten an ihre Nachbarländer Türkei und Griechenland mit dem Wunsch nach Schutz und internationaler Unterstützung wenden, äußern sie auch oft ihr Misstrauen gegenüber Griechen und Türken. Misstrauen besteht jedoch in beide Richtungen: Wenn sich Griechen über griechische Zyprioten aufregen, kommt der altbekannte zypriotische Esel wieder ins Bild. „Oh, diese zypriotischen Esel“, heißt es dann bei den Griechen, wenn sie griechische Zyprioten meinen.

Selbst politische Eselsproteste haben ihre eigene Geschichte auf dieser Insel, die einst für ihre Esel bekannt war, als diese noch ein seltenes und wertvolles Kapital waren, bevor sie durch Pick-ups ersetzt wurden. In den späten 1950er Jahren stellte der britische Gouverneur von Zypern den griechisch-zypriotischen EOKA-Kämpfern, welche die Vereinigung mit Griechenland anstrebten, ein Ultimatum zur Kapitulation. Diese schickten einen Esel mit der Aufschrift „Ich ergebe mich“ durch die Straßen, bis er von der britischen Polizei aufgegriffen wurde. Während der britischen Kolonialzeit von 1878 bis 1960 entwickelten sich zwei gegensätzliche Nationalismen in Zypern: griechischsprachige Christen (wobei manche auch Türkisch sprachen), die sich als Griechen und türkischsprachige Muslime (wobei viele auch Griechisch sprachen), die sich als Türken bezeichneten. Beide fühlten sich der Nation ihres jeweiligen „Mutterlandes“ Griechenland oder Türkei zugehörig.¹ Die Repressionen der britischen Kolonialbehörden und deren sture Behauptung,

dass es nie eine griechische oder türkische Nation in Zypern gegeben habe, sondern nur eine „zypriotische Melange“, ein gestaltloses Gemisch,² hat die beiden ethnischen Gruppen dazu gebracht, noch stärker auf ihren griechischen und türkischen Identitäten zu beharren. Die beiden Nationalismen nahmen damit noch schärfere Formen an. Die Gewalt zwischen den Volksgruppen begann in Zypern damit, dass die Briten türkisch-zypriotische Polizisten einstellten, um den EOKA-Aufstand zu bekämpfen – ganz im Sinne ihrer gut einstudierten Teile-und-Herrsche-Politik. Die eskalierenden interkommunalen Auseinandersetzungen der 1960er Jahre verstärkten die bereits vorhandenen Gefühle gegenseitiger Intoleranz noch.

Griechen und Türken, oder Zyprioten?

Trotz der unterschiedlichen politischen Ziele hatten beide Nationalismen in Zypern die gleiche Form. Es war ein ethnischer Nationalismus,³ der die Gemeinsamkeiten mit den Menschen der „Mutterländer“ Türkei und Griechenland im Hinblick auf Geschichte, Abstammung, Sprache, Kultur und Religion betonte. In der Zeit nach 1974 wurde diese Form des Nationalismus von türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen Parteien aus dem rechten Lager verfochten, insbesondere von der türkisch-zypriotischen UBP (National Unity Party) und der griechisch-zypriotischen DISY (Democratic Rally). Sie beherrschte auch die Geschichtsbücher auf beiden Seiten. Die beiden linken Parteien, die griechisch-zypriotische AKEL (Uprising Party of the Working People) und die Republikanisch-türkisch CTP übernahmen dagegen ein anderes Nationalismensmodell: den staatsbürgerlichen Nationalismus.⁴ Dieser setzte den Schwerpunkt auf den geo-

ley (eds.), *Small States in the Modern World: The Conditions of Survival*, Nicosia 1979, S. 143–184.

² Michael Given, *Star of the Parthenon, Cypriot Melange: Education and Representation in Colonial Cyprus*, in: *Journal of Mediterranean Studies*, 7(1997) 1, S. 59–82.

³ Vgl. Anthony Smith, *National Identity*, London 1991.

⁴ Vgl. ebd. Ethnischer und ziviler Nationalismus sind idealtypische Beschreibungen, die einige Gemeinsamkeiten aufweisen können. Letzterer kann beispielsweise eine ethnische Gewichtung der autochthonen Bevölkerung eines Territoriums beinhalten und Migranten dabei ausschließen.

¹ Vgl. Paschalis Kitromilides, *The Dialectic of Intolerance: Ideological Dimensions of the Ethnic Conflict in Cyprus*, in: Paschalis Kitromilide/Peter Wors-

politischen Raum Zyperns und betonte die Gemeinsamkeit aller Bewohner in der Hoffnung, dass eines Tages ein gemeinsamer Staat zustande kommt. Die CTP und ihre Anhänger befürworteten die Wiedervereinigung und sahen die Türkei kritisch.¹⁵

Als die CTP 2003 an die Macht kam, wurden die Geschichtsbücher umgeschrieben, in denen bislang eine Teilung befürwortet wurde. Das türkeiorientierte Geschichtsmodell wurde nun zu einem zyprenorientierten Modell. Dabei vermied man weitgehend, die Geschichte – wie in den bisherigen türkisch-zypriotischen Büchern – als lange Liste barbarischer Angriffe von griechischen auf türkische Zyprioten darzustellen. In den neuen Geschichtsbüchern wird der Entstehung einer nationalen Identität in Zypern während des 19. und 20. Jahrhunderts nachgegangen. Dabei wird ein sozialkonstruktivistisches Denkmuster verfolgt, und es werden zugleich kulturelle Wechselwirkungen, interne Spaltungen und Diskontinuitäten aufgezeigt.¹⁶ Der ideologische Wechsel zeigt sich auch auf dem Buchumschlag, der Zypern in Umrissen als Ganzes ohne Trennungslinie darstellt, im Gegensatz zu den Zypernkarten der Rechten, die immer die geteilte Insel zeigen und die Türkei ganz oder teilweise mit abbilden. Auch die AKEL hat vor kurzem erklärt, den Geschichtslehrplan als Teil einer breiteren Revision des Bildungssystems ändern zu wollen. Dies stieß jedoch auf starken Widerstand.

Die beiden linken Parteien sehen sich zualtererst als Zyprioten, während die beiden rechten Parteien die Begriffe Griechen und Türken verwenden. Dies ist die implizite Botschaft von Christofias' Bemerkung über den Kaffee: Die beiden Linken treten für eine recht ähnliche Sicht der Geschichte ein. Sie vertreten die Auffassung, dass das Zypernproblem ein Ergebnis ausländischer, vorrangig britischer und amerikanischer Einmischungen ist (unter anderem die britische Teile-und-Herrsche-Politik während der 1950er Jahre und die US-amerikanische Unterstützung der griechischen Militärjunta, die

1974 den Putsch in Zypern inszenierte). Damit verbunden sind die entzweierenden Folgen des griechischen und türkischen Nationalismus in Zypern, die Aktionen rechter Extremisten sowie die zerstörerischen Interventionen Griechenlands (mit dem Putsch von 1974) und der Türkei (mit der Militäroffensive von 1974).

Dass die beiden derzeitigen Führer der Linken enge Freunde sind, ist also kein Zufall. Diese Freundschaft erscheint derzeit allerdings angesichts der üblichen gegenseitigen Anschuldigungen, die auch die laufenden Verhandlungen überschatten, immer wackliger. Die stärkste Basis interkommunaler Kooperation in der Geschichte Zyperns war die Arbeiterbewegung. Gemeinsame Gewerkschaften und Arbeitskämpfe haben eine lange und bedeutende Vergangenheit. Die beiden linken Parteien AKEL und CTP arbeiteten traditionell eng zusammen; sie trafen sich in der Zeit der Teilung nach 1974 zum gegenseitigen Austausch; es gab immer ein starkes Solidaritätsgefühl.

Ein ungeschriebener Teil zypriotischer Geschichte ist die Gewalt nationalistischer Rechter gegen die Linken in ihrer eigenen Volksgruppe. Beide linken Parteien teilen dadurch die Abneigung gegen nationalistische Diskurse und das starke Bewusstsein, dass Gewalt niemals nur eine Sache der anderen Seite ist. Dies ist ein maßgeblicher Gesichtspunkt, wenn es darum geht, die auf beiden Seiten festgefahrenen Meinungen aufzubrechen, denen zufolge „die andere Seite der alleinige Aggressor und wir die alleinigen Opfer sind“, und einen Kompromiss zu ermöglichen. Wenn also jemand ein starkes Interesse an einer föderalen Lösung hat, dann sind das wohl die beiden linken Parteien. Sie haben am meisten zu gewinnen, vorausgesetzt, dass für bestimmte föderal gewählte Schlüsselpositionen eine Zusammenarbeit der politischen Kräfte beider Seiten notwendig ist. Es ist unwahrscheinlich, dass irgendeine andere Partei dies erreichen könnte. Erstmals in der Geschichte Zyperns sind nun zwei linke Führer gleichzeitig an der Macht, die sich einer föderalen Lösung verpflichtet fühlen und die Sichtweise teilen und auch vermitteln wollen, dass eine Lösung nur mit schmerzhaften Kompromissen zu erreichen ist.

Das andere positive Element der derzeitigen politischen Konstellation bezieht sich auf

¹⁵ Vgl. Yiannis Papadakis, *Echoes from the Dead Zone: Across the Cyprus Divide*, London 2005, S. 185–206.

¹⁶ Vgl. ders., *History Education in Divided Cyprus: A Comparison of Greek Cypriot and Turkish Cypriot Schoolbooks on the „History of Cyprus“*, in: PRIO Cyprus Center Report, (2008) 2 (www.prio.no/cyprus).

die griechisch-zypriotische Rechte. Die größte Oppositionspartei ist die konservative DISY (die wie die AKEL etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereint), deren Führung 2002 den Annanplan befürwortet hatte (allerdings nicht die Mehrheit ihrer Anhänger). Die DISY befindet sich in der kuriosen Situation, eine Oppositionspartei zu sein, welche die Regierungspolitik in der Zypernfrage – und dies ist das einzige Thema in Zypern – unterstützt. Die eigentliche Opposition zur AKEL kommt von den regierungsbeteiligten Parteien DIKO (Democratic Party) und EDEK (Movement for Social Democracy). Dieses Novum in der Geschichte Zyperns, das der verantwortungsvollen Politik der derzeitigen DISY-Führung zu verdanken ist, hat eine bedenkliche innenpolitische Brisanz. Obwohl die DISY ein anderes Geschichts- und Identitätsmodell als die AKEL verfolgt, haben beide Parteien ihre Unterstützung für die Idee einer föderalen Lösung deutlich geäußert, während DIKO und EDEK dies weitaus skeptischer sehen.

Kompromiss und Föderation – zwei schlimme Wörter

Obwohl seit den späten 1970er Jahren Eini-gung darüber besteht, dass der Rahmen einer Lösung ein föderales System ist, fehlt darüber in der Öffentlichkeit jegliche nachhaltige und gewissenhafte Diskussion. Föderation wird auf beiden Seiten als ein eher unbefriedigen-des und undemokratisches politisches Arran-gement empfunden, das der jeweils anderen Seite ein Mitspracherecht bei den eigenen po-litischen Angelegenheiten einräumt. Sie wird nicht als demokratisches System verstanden, das die Rechte der numerischen Minderheit gegenüber einer möglicherweise dominieren-den Mehrheit schützen (was die türkischen Zyprioten fordern) und das die Gefahr einer Teilung verhindern kann (was die größte Be-fürchtung der griechischen Zyprioten ist). Vertrauen und die Kunst des Kompromisses sind die zwei wesentlichen Zutaten einer funktionierende Föderation. Das Vertrauen zwischen den beiden Seiten scheint jedoch zu fehlen, was sich in diesen Tagen schmerzlich zeigt. Selbst die zwei freundschaftlich ver-bundenen linken Führer, die derzeit mitein-ander verhandeln, scheinen sich im altbe-kannten Netz des Misstrauens gegenüber den wirklichen Absichten der jeweils anderen

Seite zu verfangen. Auch der Kompromiss wird eher negativ wahrgenommen, obwohl beide Seiten eigentlich ein politisches System wie die Europäische Union (EU) schätzen, das maßgeblich auf den Werten von Kompromissen beruht. „Kompromiss“ ist auf beiden Seiten ein fast „schlimmes Wort“. Man versteht darunter das „Eingehen auf feindliche Forderungen“, die „Aufgabe fundamentaler Rechte“ oder die „Akzeptanz historischer Ungerechtigkeiten“. Dies beruht auf dem vorherrschenden Denkmuster, wonach sich jede Seite selbst als alleiniges Opfer fühlt und kaum in Betracht zieht, dass auch die anderen gelitten haben und dass jede Seite für das zu-gefügte Leid auf der anderen Seite der trennenden Linie verantwortlich ist.

Die griechischen Zyprioten sind jetzt Teil der EU und genießen als reichste Volkswirt-schaft der zehn neuen Mitgliedstaaten (um genau zu sein: neun und zwei Drittel wegen der Lage auf Zypern) internationale Anerken-nung. Die EU-Mitgliedschaft hat die Angst vor einer weiteren türkischen Offensive ge-dämpft. Das Verhältnis hat sich dadurch komplett verändert. Die türkischen Zyprio-ten stehen außerhalb der EU, sind vergleichs-weise weniger wohlhabend, isoliert, und die „Türkische Republik Nordzypern“ wird als Staat weiterhin nicht anerkannt. Umfragen zeigen, dass türkische Zyprioten heute viel zurückhaltender sind in Bezug auf eine föde-rale Lösung. Ihre bevorzugte Ideallösung geht mehr in Richtung einer Zweistaatenlö-sung. Auf der griechisch-zypriotischen Seite wäre die Ideallösung dagegen ein einheitli-cher Staat wie 1960. Auf beiden Seiten wird die Föderation als zweitbeste Lösung ange-sehen. Was dies genau bedeutet, ist aufgrund der fehlenden Diskussion und Information über den Begriff Föderation schwer zu sagen.

Wenn man die griechisch-zypriotische Seite hinsichtlich ihrer Stabilität, ihres Wohl-stands und ihrer Sicherheit betrachtet, ist kaum einzusehen, warum sie ein völlig neues, ungewohnt kompliziertes und riskantes föde-rales Arrangement eingehen sollte, bei dem sie nicht einmal mehr ihr „eigener Chef“ ist. Eine ihrer größten Ängste ist die Vorstellung, ihre Macht mit türkischen Zyprioten teilen zu müssen. Diese Angst wird noch durch die Aussicht verstärkt, dass eine beträchtliche Zahl von Siedlern und Einwanderern aus der Türkei bleiben und nach den Vorstellungen

der griechischen Zyprioten vollständig von der Türkei kontrolliert werde.

Dennoch fordern die griechischen Zyprioten weitaus mehr Vereinheitlichung, obwohl dies ihrem Unabhängigkeitsbestreben zuwider läuft. Dieser Widerspruch ist nicht leicht zu verstehen. Er könnte mit dem Wunsch vieler griechisch-zypriotischer Flüchtlinge zusammenhängen, in den Norden zurückzukehren – eine tief verwurzelte Reaktion auf das Trauma der Teilung, welche die griechische Zyprioten als schmerzvolle Amputation erfahren haben. Oder aber es ist eine alte Gewohnheit aus der Zeit, als Denktaş viele Jahre lang die Trennung forderte. Die türkischen Zyprioten hingegen waren tief enttäuscht vom griechisch-zypriotischen Nein im Referendum von 2004, vor allem von der AKEL, die für sie die größte Hoffnung auf der griechisch-zypriotischen Seite verkörpert hatte und die auch die Nein-Kampagne unterstützt hat.

Die Kaffeetasse

Eine beliebte Kaffeetasse im griechisch-zypriotischen Teil der Insel zeigt auf einer Seite einen „schwarzen Diener“, der Kaffee serviert. Soweit mir bekannt ist, hat bislang niemand die rassistische Symbolik dieser Kaffeetasse wahrgenommen. Von außen betrachtet ähneln beide Seiten Zyperns immer mehr europäischen Gesellschaften, in denen dunkelhäutige Menschen untergeordnete Jobs verrichten. Eine Folge der fast vollständigen Fokussierung auf das Zypernproblem ist die fehlende Diskussion über andere wichtige soziale Themen wie etwa die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Migration. Beide Seiten fordern vehement, dass die Verletzungen ihrer Menschenrechte als solche begriffen werden. Sie verlieren darüber das Gefühl dafür, dass sie selbst die Menschenrechte verletzen. Auf beiden Seiten herrschen Intoleranz und Geringschätzung gegenüber denjenigen, die als anders wahrgenommen werden: Migrantinnen und Migranten, Frauen, die im Sexgewerbe arbeiten, Hausangestellte, Menschen mit anderen sexuellen oder religiösen Orientierungen. Wenn sie nicht einmal Interesse für die und Respekt vor den Anderen unter sich haben, wie wollen sie dann mit jenen Menschen auf der anderen Seite der trennenden Linie zusammenleben?

Murat Ilican Erdal

Das Zusammenspiel von Wirtschaft, Umwelt und Tourismus in Zypern

In der jüngsten Vergangenheit haben in- und ausländische Akteure immer wieder die unterschiedlichsten Machtansprüche auf verschiedene Teile Zyperns erhoben. Der Kampf um Souveränität charakterisiert den „Zypernkonflikt“ bereits seit der britischen Kolonialzeit. Bis heute haben beide Seiten – die griechischen Zyprioten im Süden und die türkischen Zyprioten im Norden der Insel – gegensätzliche Vorstellungen von Nationalismus, und eine von allen Seiten akzeptierte Lösung ist noch lange nicht erreicht. Dieser langwierige Konflikt prägt das Leben der Zyprioten auf unterschiedliche Weise. So gibt es inzwischen auf der Insel nicht nur ein Zypern, und jedes dieser „Zypern“ wird von den verschiedenen Menschen und Volksgruppen – je nachdem, wo sie auf der Insel leben – unterschiedlich geprägt und erfahren. Im daraus zeitweise entstandenen Chaos versuchten einzelne Bürgerinnen und Bürger, ihre (vermeintlich) legitimen Rechte geltend zu machen, meist erfolglos, waren sie doch Opfer von Auseinandersetzungen, die höheren Orts stattfanden. Da es keinen Konsens darüber gibt, was unter „Gerechtigkeit“ und „Rechten“ zu verstehen ist, wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gefordert, das geschehene „Unrecht“ anzuerkennen und „Rechte“ wiederherzustellen. Dieser Wunsch zieht sich

Murat Ilican Erdal

geb. 1973; Doktorand an der Fakultät für Humangeographie der Universität Oxford.
murat.erdal@ouce.ox.ac.uk

durch die politischen Diskussionen und beherrscht das Leben auch in Bereichen außerhalb der Politik.

Im Beitrag werden einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Insel während der vergangenen zehn Jahre analysiert, die vom starken Einfluss UN-geführter Friedensgespräche sowie vom EU-Beitrittsprozess geprägt waren und im Zusammenhang mit dem weltweiten Boom an den Immobilien- und Rohstoffmärkten (vor allem von Öl und Gas) standen. Noch während der Niederschrift dieses Textes gipfelten sie in der – wie es heißt – größten Weltwirtschaftskrise der Moderne. Die Entwicklung wird speziell im Hinblick auf die Immobilienmärkte und den Bauboom analysiert. Dabei werden die Auswirkungen auf Umwelt und Tourismus beleuchtet, unter welchen die Inselbewohner auf beiden Seiten der Green Line¹ heute leiden. Die geographische Terminologie wird hier bewusst verwendet. Damit soll ein präziseres Bild der Wirklichkeit vermittelt und auf verallgemeinernde und gegensätzliche nationalistische Begrifflichkeiten verzichtet werden, die auf der jeweiligen Volksgruppenzugehörigkeit und/oder Religion basieren (türkische Zyprioten/griechische Zyprioten). So sollen auch die Sichtweisen anderer einheimischer Menschen oder die von Ausländern einbezogen werden, die sich nicht unbedingt einer der Konfliktparteien zugehörig fühlen, aber dennoch in Zypern leben. Mit Zypern ist die Insel Zypern gemeint, deren natürliche

¹ Die Green Line entstand als einfache Stacheldrahtbarriere, die eine lebendige Geschäftsstraße in der Altstadt Nikosias bereits Ende der 1950er Jahre teilte. Seit 1974 trennt sie als Waffenstillstandslinie Nord- und Südzypern voneinander. Diese Grenze war bis zur Öffnung des Checkpoints am Ledra Palace Hotel am 23. April 2003 für Zyprioten dicht und trennte die zypriotischen Volksgruppen voneinander (bis auf illegale Aktivitäten). Seit dem 1. Mai 2004 ist die Green Line eine europäische Außengrenze, die ein Territorium der EU (Südzypern ohne die britischen Basen) von Nordzypern trennt, in dem die EU-Gesetze nicht gelten. Trotz Einführung der „Green Line Regulation“, einer EU-Initiative zur Erleichterung des Handels und des Austauschs zwischen beiden Regionen, hat die Öffnung bisher keinen wirklichen Nutzen gebracht. Denn diese Regeln sind recht willkürlich und führen eine Art Eigenleben, unterliegen sie doch häufig den Auslegungen einzelner Grenzposten oder staatlichen Eingriffen aufgrund ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher Abwägungen. Kurzum, der Zypernkonflikt, den die Green Line gewissermaßen symbolisiert, besteht trotz formeller Unterschiede fort.

Grenze das Mittelmeer bildet, dementsprechend werden alle Menschen und Volksgruppen, die in Zypern leben, Zyprioten genannt.

Örtliche Gegebenheiten

Globalisierung und Europäisierung wurden am Vorabend des neuen Jahrtausends als ideologisch motivierte Prozesse gefeiert, die gesellschaftliche Verbesserungen mit sich bringen könnten, vor allem in kleineren Ländern wie Zypern. In diesem Klima brach der junge Aktienmarkt südlich der Green Line einen Rekord nach dem anderen und wurde zum Symbol globaler Wirtschaftsintegration und lokaler Errungenschaften eines liberalen Kapitalismus. Die internationale Nachfrage nach Wertpapieren ging einher mit der Unerstättlichkeit der Einheimischen nach dieser „neuen Erfindung“, die – zumindest auf dem Papier – immer größere Gewinne versprach. Diese Euphorie wurde durch die Hoffnung auf erwartete Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft und der lang ersehnten UN-Lösung des Zypernkonflikts verstärkt. Im Rahmen des neuen, vergrößerten Europas und mit einer politischen Lösung hätte Zypern ein Ort der Stabilität und des Wohlstands werden können. Die EU-Mitgliedschaft war ein ideologisches und zugleich politisches Ziel, nicht unbedingt ein wirtschaftliches, denn die Volkswirtschaft im Süden gehörte bereits zu den gesündesten in Europa.

In Nordzypern gab es keine rekordverdächtige Aktienbörse, geschweige denn eine ordnungsgemäß funktionierende Wirtschaft. Es gab nur eine große, von türkischer Hilfe abhängige Staatsbürokratie mit einem Heer von Beamten und einem schwachen privaten Sektor, geprägt von einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen und einigen wenigen Großunternehmen mit monopolistischen und oligopolistischen Strukturen. Ackerbau und Viehzucht nahmen immer mehr ab, der Tourismus steckte in Schwierigkeiten. Allein der Hochschulsektor besaß Entwicklungspotential.

Geschlossene Märkte und die Verwendung der türkischen Währung führten dazu, dass Nordzypern die Wirtschaftskrisen der Türkei in stärkerem Maße erlitt als diese selbst: Eine ineffiziente, schlecht organisierte und in vielfacher Hinsicht einzigartige Volkswirtschaft

war im Norden der Insel entstanden. In diesem abgeschotteten und weitgehend von türkischer Hilfe abhängigen Wirtschaftssystem war der öffentliche Sektor führend. Daneben gab es zwei parallele Wirtschaftssysteme: zum einen die vom türkischen Militär betriebene Wirtschaft. Sie umfasste den steuerfreien Import und Verkauf von Lebensmitteln und Kleidung für das eigene Personal sowie für „auserwählte“ Bürgerinnen und Bürger, für die es Strom, Wasser und Dienstleistungen kostenlos gab. Zum anderen gab es eine für Nordzypern unverhältnismäßig große Schattenwirtschaft, die auf Glücksspiel, Drogen, Prostitution und Menschenhandel aufgebaut war. Dieser fiel insbesondere der traditionelle Tourismussektor zum Opfer. Mit überwiegend türkischem Kapital wurden neue Hotels gebaut; die Hotels der Einheimischen wechselten die Besitzer. Im Ergebnis entwickelte sich ein „Glücksspielparadies“ mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten.

Die Revolution der Öffnung

Um die Jahrtausendwende wirkten der bevorstehende EU-Beitritt und die laufenden Friedensverhandlungen wie ein Katalysator auf die Nordzyprioten, die sich bis dahin wie in einem „Freiluftgefängnis“ gefühlt hatten und sich nun gegen die Herrschaft der Türkei, vertreten durch die lokalen nationalistischen Eliten, auflehnten. Unter dem Motto „Dieses Land [Nordzypern] gehört uns und wir wollen es selbst regieren“ kam es zu zahlreichen Massendemonstrationen, auf denen die Menschen eine Lösung und die EU-Mitgliedschaft der Insel forderten. Die Bewohner des Nordens wollten ein Ende der von ihnen als ungerecht empfundenen Politik der politischen und wirtschaftlichen Isolation bzw. des Embargos der internationalen Gemeinschaft und eine Verbesserung der sich stetig verschlechternden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Die nationalistische Politik der vergangenen Jahrzehnte, die einige wenige Menschen unverhältnismäßig reich werden ließ, galt als Ursache für den fehlenden Wohlstand, für das Elend und für die Auswanderung von Freunden und Verwandten aus Nordzypern. Die Demonstrationen nahmen ein solches Ausmaß an, dass das Regime im Norden seine letzte Karte ausspielte und die Green Line öffnete: das Symbol des „Schutzes“ durch das türkische Mili-

tär, das die Nordzyprioten vor den „Feinden“ im Süden schützen sollte. Vielleicht war damit die Hoffnung verbunden, dass sich die Auseinandersetzungen und Morde der Vergangenheit – vor allem in den Jahren 1963 bis 1974 – wiederholen würden. Damit hätte sich die nationalistische Theorie bewahrheitet, derzufolge die Menschen in Nord und Süd nicht zusammenleben können. Am 23. April 2003 überquerten zahlreiche Zyprioten die Grenze und unternahmen alles Mögliche; Morde und Feindseligkeiten blieben zur Überraschung der nationalistischen Führungen beider Inselteile aus.

Kapitalfluss in Immobilien und Bauwirtschaft

Der historische Wandel Zyperns von einem umkämpften zu einem europäischen Territorium, das Frieden und Sicherheit gewährleisten sollte, ging mit einem Boom der weltweiten Immobilienmärkte einher, der vor allem von der US-amerikanischen und britischen Wirtschaft forciert wurde. Dabei stiegen auch die Preise für Rohstoffe wie Gas und Öl. Dies bedeutete nicht nur, dass Zypern für Kapitalinvestitionen attraktiv wurde, sondern auch, dass vermehrt Kapital zur Verfügung stand. Einzelpersonen und Unternehmen aus dem Ausland wurden in Scharen auf den zypriotischen Immobilienmärkten aktiv. Ihrer Tradition entsprechend, investierten inzwischen auch die reichen Südzyprioten wieder in Immobilien, hatten sie doch die Erfahrung gemacht, dass es an der Börse nicht nur aufwärts, sondern auch abwärts gehen kann. Die Nordzyprioten, welche die immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen überstanden hatten, begannen jetzt ebenfalls in Immobilien zu investieren, die zu sehr günstigen Preisen angeboten wurden. Zur heimischen kam die ausländische Nachfrage hinzu. Grundstücksspekulanten und Bürgerinnen und Bürger, die es sich leisten konnten, wollten von dieser Verlagerung (in den Wirtschaftsraum EU) profitieren und erwarteten, dass Vermögenswerte wie Immobilien im Wert steigen und sich die Investitionen gut auszahlen würden, wie es in anderen Ländern nach dem EU-Beitritt der Fall gewesen war. Dies schien eine einzigartige historische Chance zu sein, sich zu relativ niedrigen Preisen ein Stück vom Paradies zu sichern (Sonnenschein, Meer, gutes Wetter und relativ gut geschützte

Natur), das bald zu Europa gehören würde. Die Tatsache, dass Zypern einerseits wegen Eigentums- und Souveränitätsrechten erfolgreich vor Gericht gezogen war (Loizidou-Fall) und dass andererseits mit diesen Eigentumsrechten Missbrauch getrieben wurde, spielte dabei keine große Rolle, da das Kapital für solche moralischen Überlegungen offenbar blind war.

Britische Staatsbürger nahmen neue Hypotheken auf ihre bereits hoch bewerteten Häuser auf und kauften Ferienwohnungen oder Alterswohnsitze in Zypern, die im Vergleich zu jenen in Spanien und anderen europäischen Ländern mit Zugang zum Mittelmeer und seiner Sonne relativ günstig zu haben waren. Es folgten Russen, die durch die Transformation des planwirtschaftlichen in ein System der freien Marktwirtschaft und die hohen Öl- und Gaspreise zu Reichtum gelangt waren. Sie investierten vorrangig in Südzypern und in der Hafenstadt Limassol. Käufer aus Israel konzentrierten sich in erster Linie auf das günstigere Nordzypern. Türken und Griechen investierten entsprechend in Nord- bzw. Südzypern. Diese Liste ließe sich noch verlängern. Sie zeigt die Vielfalt ausländischer Investoren, deren Kauflust (ob privat oder als Firma) zusammen mit der heimischen Nachfrage dazu führte, dass immer mehr Immobilien und Baugrundstücke verkauft wurden. Das wiederum löste einen wahren Bauboom in Nord- und Südzypern aus.

Die Öffnung der Green Line ermöglichte nicht nur einen direkten Preisvergleich von Immobilien und Baugrundstücken in Nord- und Südzypern; die Menschen im Norden gewannen damit auch eine weitere indirekte Verbindung zum Rest der Welt, abgesehen von der üblichen Route über die Türkei. Die Immobilien- und Grundstückspreise in Nordzypern schossen in die Höhe, lagen aber immer noch um 30 bis 50 Prozent unter jenen im Süden. Dieser Preisunterschied erklärt sich vor allem aus dem Risiko für die Investoren: Wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse aufgrund des Zypernkonfliktes fielen die zum Kauf stehenden Immobilien in verschiedene Kategorien mit unterschiedlichem Kaufrisiko.¹²

¹² Im Einzelnen: originär türkisch-zypriotisches Eigentum, originär ausländisches Eigentum sowie originär griechisch-zypriotisches Eigentum, das sich heute

Es gab jedoch zwei Punkte, die für die Investitionen sprachen: Zum einen enthielt der auf eine Konföderation zweier selbständiger Teilstaaten zielende Annan-Plan (seit seiner ersten Version von 1999), der als Blaupause einer Lösung des Zypernkonflikts galt, einen ausführlichen Abschnitt zum Thema Immobilien, darunter eine „Wertsteigerungsklausel“ für Immobilien von Flüchtlingen. Demnach sollten Verbesserungen, die den Wert solcher Immobilien um 100 Prozent oder mehr steigerten, dem aktuellen Eigentümer ein vorrangiges Besitzrecht garantieren. Zum anderen sollte das Prinzip von „Treu und Glauben“ gelten: Für Geschäfte, die in gutem Glauben abgeschlossen worden waren, würden die zuständigen Behörden bürgen. Mit anderen Worten: Die Behörden in Nord- bzw. Südzypern sollten für die Fehler der Vergangenheit einstehen, die in Bezug auf Immobilien von Flüchtlingen begangen worden waren, und nicht der Investor oder Nutzer, der sie in gutem Glauben erworben hat. In Anbetracht der Vorteile, welche die niedrigen Preise und gewisse Schutzrechte mit sich brachten, galt für ausländische Privatinvestoren nur eine Einschränkung: Sie durften nur ein einziges Haus und/oder ein Donum¹³ Land rechtmäßig besitzen. Der Markt war durch diese Normen geprägt, was zu einem Boom im Wohnungsbau führte.

Auch in Südzypern stiegen die Immobilienpreise. So, wie die Preissituation im Norden Zyperns günstiger war als im Süden, war diese im Süden wiederum günstiger als in vergleichbaren Landstrichen Europas. Es gab genügend Kapital, und eine Vielzahl von Interessenten mit unterschiedlichen Risiko- und Gewinnerwartungen investierte in Nord- und Südzypern, so dass die Insel bald einer riesigen Baustelle glich. Die Landwirtschaft schrumpfte inselweit, erreichten doch die Grundstückspreise solche Dimensionen, dass

entweder im Besitz von türkisch-zypriotischen Flüchtlingen, von Siedlern aus der Türkei oder anderer befindet. Verstöße gegen Eigentumsrechte sind bei dieser Kategorisierung das Hauptproblem. Es darf aber nicht übersehen werden, dass ähnliche Verstöße auch im Süden begangen worden sind, da beide Seiten das Eigentum der „anderen“ als „feindlichen Besitz“ eingestuft und es im Laufe der Jahre in unterschiedlicher Weise missbraucht hatten.

¹³ Örtliche Landvermessungseinheit. Ein Donum umfasst etwas mehr als 1300 Quadratmeter, 0,33 Morgen oder 0,133 Hektar.

sie sich ökonomisch kaum noch lohnte. So verkauften viele Bauern ihr Land für den Bau von Ferienwohnungen oder Alterswohnsitzen für Ausländer oder im Ausland lebende Zyprioten. Die meisten Einheimischen konnten sich jedoch weder Grundstücke noch Häuser leisten.

Die Auswirkungen des Baubooms

Der Bauboom nahm solche Ausmaße an, dass er zur scharfen Konkurrenz für den im Norden ohnehin schon stark angeschlagenen Tourismus wurde. Die durch die Bauaktivitäten verursachten Umweltschäden wirkten sich bald auch auf den Tourismus aus. Vor allem blieben jene Gäste aus, die bislang wegen der unberührten Natur Nordzyperns gekommen waren.

Jedes verkaufte Haus bedeutete den Verlust einer Urlauberfamilie, die sonst touristische Einrichtungen wie etwa Hotels genutzt hätte. Der Hausbesitz führte zu einer groß angelegten Nachfrage nach Langzeittouristen. Der damit einhergehende Rückgang kurzfristiger Nutzung touristischer Einrichtungen wirkte sich negativ (kostensteigernd) auf den traditionellen Tourismussektor aus. Im Süden wirkte sich der Immobilienboom auf den bereits etablierten Tourismussektor mit seiner stärkeren sozioökonomischen Integration und der besseren Infrastruktur weniger drastisch aus. Die Wirtschaft des Südens im Allgemeinen und der Tourismussektor im Besonderen konnten den Boom besser verkraften, aber bald zeigte sich, dass die Ressourcen der Insel, vor allem Wasser, begrenzt waren (2008 musste sogar Wasser aus Griechenland in den Süden Zyperns gebracht werden).

Neben Kapital und Land absorbierte der Bauboom auch Arbeitskräfte: billige Arbeitskräfte, die in Zypern größtenteils fehlten. Nordzypern konnte zwar auf dem riesigen türkischen Markt nach Arbeitskräften suchen, aber Südzypern war auf Menschen aus Drittländern angewiesen. In der Folge kam es zu großen legalen und illegalen Einwanderungswellen. Dabei spielten die Arbeits- und Menschenrechte der Migranten und die sozialen Folgen dieser Migration kaum eine Rolle. Auch auf die sinkende Lebensqualität der Inselbewohner durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden wurde keine Rücksicht genommen, auch nicht darauf, wie sich

dies alles auf die kostbare Umwelt, das Wasser und das Land auswirken würde. Selbst als Zypern am 1. Mai 2004 Mitglied der EU wurde, ohne dass eine Einigung über den seit langem bestehenden Konflikt auf der Insel erzielt worden war, wurde der Boom nicht schwächer, sondern nahm sogar noch zu. Schließlich lief der weltweite Immobilienboom noch auf Hochtouren, und in Zypern waren die Immobilienpreise im Vergleich zu vergleichbaren Orten in Europa noch immer verhältnismäßig günstig.

Die nordzyprriotischen Behörden, die in diesen Boom hineingezogen worden waren, beschlossen Anfang 2007, die Landerschließung in weiten Teilen Nordzyperns zu untersagen. Das bewirkte jedoch lediglich, dass das Kapital nun in Grundstücken gebunden war, die nicht mehr erschlossen, bebaut und gewinnbringend verkauft werden durften. Dieser Schlag für das Kapital der Bauträger (Angebotsseite) hatte seine Entsprechung auf der Nachfrageseite: Die Behörden gelang es nicht mehr, die notwendige Infrastruktur für die neuen Häuser bereitzustellen (wie Strom, Wasser oder Zugangsstraßen), Immobilienübertragungen zu regeln und Baugenehmigungen zu erteilen. Auch die zahlreichen gerichtlichen Klagen gegen möglichen Missbrauch der Immobilien von Flüchtlingen aus dem Süden sowie windige Geschäfte in diesem Bereich trugen nicht gerade zur Verbesserung der Lage bei. Das Einsetzen des globalen Immobiliencrashs ließ die heimische Nachfrage weiter sinken, was zu einer tiefen Krise führte, deren Ausmaße heute erst zu erahnen sind. Die meisten Bauunternehmen besitzen jetzt Grundstücke, die sie nicht erschließen können, zahlreiche Gebäudekomplexe, die sich nicht verkaufen lassen, und viele unvollendete Projekte mit wachsenden Schulden.

Südzypern hat zwar auch Probleme, aber es ist weit besser organisiert und ins globale System integriert. So konnte es den Boom viel länger nutzen und muss sich erst jetzt Gedanken über die lokalen Auswirkungen der immer näher rückenden globalen Krise machen. So geht es inzwischen auf beiden Seiten – im Norden wie im Süden – im Bau- und Tourismussektor steil bergab, da diese weitgehend abhängig vom Zustrom ausländischen Kapitals sind. Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen sind derzeit weder weltweit noch in Zypern rosig.

Das vergangene Jahrzehnt war in Zypern durch das Wirken der Kräfte der europäischen Integration und den globalen Boom des Immobilienmarkts gekennzeichnet, der einen lokalen Bauboom auslöste. Die Einheimischen hat der ungelöste Zypernkonflikt blind gemacht für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, wodurch dem Kapitalismus in seiner schlimmsten Form Tür und Tor geöffnet wurden (wenngleich er durch die aktuellen globalen und lokalen Bedingungen ein wenig abgemildert wird). In diesem „wildem Kapitalismus“ geht es ausschließlich um rasche Profite; Rücksicht auf die Bewohner der Insel, auf deren begrenzte natürliche Ressourcen und auf Billiglohnarbeiter aus Drittländern wird dabei nicht genommen.

Die Auswirkungen auf die Umwelt lassen sich derzeit überhaupt nicht absehen. Es ist offensichtlich, dass die produktive Agrarwirtschaft und die Natur Zyperns großen Schaden genommen haben. Die Infrastruktur der Insel ist in jeder Hinsicht an ihre Grenzen geraten. Der Boom lässt allmählich nach, und wir stehen jetzt vor gewaltigen Schäden an den kostbaren, lebenswichtigen Ressourcen der Insel: Land, Wasser, Wälder und natürliche Lebensräume. Grauer Beton statt des vorherigen Grüns der Natur beherrscht jetzt die Landschaft. Unerträglicher Verkehr (der durch den fehlenden öffentlichen Nahverkehr noch verschlimmert wird) sowie die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser belasten das tägliche Leben.

Von meinem Balkon im vierten Stock eines Hauses nahe der noch immer vorhandenen, wenn auch durchlässigen Grenze quer durch Nikosia, einer so genannten europäischen Hauptstadt, sehe ich die Steinbrüche in den Bergen und die ständig brennende Müllhalde in Nord-Nikosia, und der Gestank der Kläranlage, die Nord- und Süd-Nikosia gleichermaßen dient, steigt mir in die Nase. Die Auswirkungen des Booms sind in Nikosia deutlich spürbar, und sie werden uns noch lange nach dessen Abflauen erhalten bleiben.

Andreas Stergiou

Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften

Wollte man sich der politischen Kultur der griechischen und türkischen Zyprioten hermeneutisch nähern – indem man die an sich logische Vermutung anstellen würde, sie habe etwas mit Griechen und Türken zu tun –, käme man zu irreführenden Schlussfolgerungen. Denn die zypriotische Gesellschaft ist eine ausgesprochen bürgerliche und weit europäischere Gesellschaft als die der Mutterländer.

Trotz der jeweiligen Unterschiede sind jedoch Auswüchse des osmanischen Erbes wie Klientelismus¹ und Korruption auf der Insel ebenso vorhanden wie in den Mutterländern. Die politischen Parteien Zyperns handeln zwar auf der Basis von ideologisch konzipierten politischen Programmen, sind aber keineswegs frei von Filz, Favoritismus und Nepotismus.

Vielmehr erfassen die daraus resultierenden Klientelnetze auf Grund der kleinen, zum großen Teil in sich geschlossenen Gesellschaft das ganze soziale und politische Geschehen. Dennoch gibt es kaum Standesunterschiede und daher wenig Standesschranken. Die Religion spielt nach wie vor in beiden Gesellschaften zwar eine übergeordnete Rolle, verlor aber im Laufe der Zeit ihr traditionelles und historisch geprägtes Gewicht, so dass heute in beiden Fällen von einer aufgeklärten Gesellschaft ausgegangen werden kann. Die Tatsache, dass der griechisch-zypriotische Teil seit 2004 der Europäischen Union (EU)

Andreas Stergiou

Dr. phil., geb. 1974; Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Kreta. snandreas@hotmail.com

¹ Zum zypriotischen Klientelismus siehe Hubert Faustmann, Klientelismus in der griechisch-zypriotischen Volksgruppe während der britischen Kolonialherrschaft, in: Andreas Stergiou/Heinz Richter (Hrsg.), *Der Zypernkonflikt aus der Sicht der Fremden* (griechisch), Athen 2006, S. 177–229.

angehört und dass seine Wirtschaft seit Jahrzehnten boomt, prägte das politische System des Südens und europäisierte ihn viel stärker als den Nordens.

Die Republik Zypern

Die völkerrechtlich anerkannte Republik Zypern ist eine Präsidialdemokratie. Grundlage des Staatsaufbaus ist die Verfassung vom 16. August 1960, die der Insel Zypern auf der Grundlage der Abkommen von Zürich und London staatliche Unabhängigkeit verlieh.¹² Der Staatspräsident übt die Exekutivgewalt aus und ist gleichzeitig Staatsoberhaupt und Regierungschef. Er ernennt den aus elf Ministern bestehenden Ministerrat und hat das Recht, die Minister jederzeit zu entlassen. Die Präsidentenwahl, die alle fünf Jahre stattfindet, stellt daher das bedeutendste politische Ereignis des Landes dar.

Dem Staatspräsidenten ist ein Vizepräsident zugeordnet, der ebenfalls weitgehende Kompetenzen (absolutes Vetorecht) besitzt. Gemäß der seit 1963 nur zum Teil geltenden Verfassung von 1960 ist das Amt des Präsidenten einem griechischen und das des Vizepräsidenten einem türkischen Zyprioten vorbehalten. Die Parlamentswahlen, die alle vier Jahre abgehalten werden, beeinflussen daher nur indirekt den Regierungsbildungsprozess, bewirken aber keine unmittelbare Veränderung der Zusammensetzung der Regierung.

Die Gesetzgebung liegt beim Abgeordnetenhaus der Republik, einem Einkammerparlament mit zur Zeit 80 Sitzen (56 griechisch-zypriotische Abgeordnete, 24 Sitze für türkisch-zypriotische Abgeordnete, die jedoch seit den Unruhen zwischen den beiden Volksgruppen im Jahre 1963 vakant sind). Dem Staatspräsidenten steht ein Vetorecht in den Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu.¹³

Politische Kultur, Parteien und Massenorganisationen

Der Einfluss der Parteien¹⁴ auf Zypern stellt ein Paradoxon in der politischen Wissenschaft dar. Obwohl die Republik Zypern eine Präsidialdemokratie ist, verfügen die Parteien über enorme Macht, zumal die parteipolitischen Interessen alle Sphären des öffentlichen und privaten Lebens durchdringen. So gibt es in vielen

¹² Vgl. Kypros Chrisostomides, *Der zypriotische Staat im Völkerrecht* (griechisch), Athen 1994.

¹³ Vgl. Dimitris Melissas, *Politische Machtverteilung in der Republik Zypern* (griechisch), Athen 1996. S. 49 ff.

¹⁴ Vgl. Soula Zavou, *Die Politischen Parteien Zyperns im 20. Jahrhundert* (griechisch), Athen 2002.

Dörfern Kaffeehäuser und Tavernen, die sich mit den verschiedenen politischen Formationen identifizieren. Es existieren linke und rechte Fußballvereine, kommunistische, sozialistische und konservative Genossenschaften usw., so dass man den Eindruck gewinnt, das alltägliche Leben sei völlig von der Politik dominiert.

Gegenwärtiges Staatsoberhaupt der Insel ist seit Februar 2008 Dimitris Christofias, der gleichzeitig Generalsekretär der erfolgreichsten kommunistischen Partei des Westens ist, der AKEL,¹⁵ die in den 1920er Jahren unter dem Namen Kommunistische Partei Zyperns (KKK) ins Leben gerufen worden war und einen rasanten Aufstieg erlebte. Obwohl sie in der Vergangenheit ein moskautreues außenpolitisches Profil aufwies, stieg die AKEL auf Grund einer ausgesprochen gemäßigten und flexiblen innenpolitischen Haltung, vor allem aber dank ihrer Strategie, bei Präsidentschaftswahlen mit charismatischen Politikern aus anderen politischen Richtungen zu paktieren, allmählich zur wichtigsten Partei der Mittelmeerinsel auf. Auf ideologischer Ebene definiert sie sich nach wie vor als eine marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse. Sie bekennt sich jedoch nicht zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft, sondern zum Aufbau eines demokratischen und menschlichen Sozialismus, dessen Verwirklichung nur auf dem demokratischen Weg des freien Willens des Volkes und nach mehreren Übergangsphasen anzustreben sei.¹⁶

Ihr Organisationsnetz erstreckt sich traditionell auf alle Bereiche und Schichten der zypriotischen Gesellschaft, aus denen die Kommunisten beständig neue Parteimitglieder rekrutieren. Der AKEL sind heute folgende Organisationen angegliedert: der größte Gewerkschaftsdachverband Zyperns PEO (75 000 Mitglieder),¹⁷ der Verband Zypriotischer Bauern EKA, die Panzypriotische Vereinigung der Frauenorganisationen POGO und die Vereinigte Demokratische Jugendorganisation EDON.¹⁸

¹⁵ Anfang 2009 wird Christofias den Vorsitz seiner Partei niederlegen, um sich ganz den Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns zu widmen.

¹⁶ Zur Geschichte der AKEL vgl. Heinz A. Richter, *AKEL – Kommunistische Partei Zyperns*, in: *Thetis*, 9 (2002), S. 219–238.

¹⁷ Seine Wurzeln reichen bis in den Ersten Weltkrieg zurück. Der erste panzypriotische Gewerkschaftsdachverband mit dem Namen PSE wurde jedoch erst 1941 gegründet, indem er die vorhandenen lokalen Arbeitervereine vereinigte und sich 1946 in PEO umbenannte. Vgl. *Panzyprian Federation of Labour (PEO), History, Targets, Achievements in Brief*, Nikosia 2006.

¹⁸ Vgl. Andreas Stergiou, *Die Machtergreifung und der Machtbesitz mit demokratischen Mitteln. Der Fall der zypriotischen kommunistischen Partei AKEL*, in: *The International Newsletter of Communist Studies online*, XIV (2008) 21, S. 88.

Der Haupttrivale der AKEL im politischen Spiel Zyperns ist die Demokratische Sammlung DISY (mit 30,33 Prozent Stimmenanteil momentan die stärkste Oppositionspartei). Die 1974 vom ehemaligen Staatspräsidenten Glafkos Kliridis ins Leben gerufene DISY trat die Nachfolge der 1969 ebenfalls von Kliridis gegründeten Vereinigten Partei des Nationalgesinnten Lagers an und bildet heute die konservative Säule der griechisch-zypriotischen Parteienlandschaft. Sie tritt für eine föderative Lösung des Zypernproblems ein und unterstützte aus diesem Grund den Annan-Plan von 1999, der in mancher Hinsicht föderative Elemente enthielt. Innenpolitisch vertritt die DISY einen klaren konservativen politischen Standpunkt und unterstützt vehement die freie Marktwirtschaft. Außenpolitisch setzt sie sich für die Forcierung des europäischen Integrationsprozesses und die Föderalisierung Europas ein. Auf der Basis dieser Parameter gelang es der in den 1990er Jahren amtierenden DISY-Regierung, Zypern Eintritt in die Europäische Union (EU) zu verschaffen. Sie ist Mitglied der Europäischen Volkspartei; ihr stehen der konservative Gewerkschaftsverband SEK und der Arbeitergeberverband OEB nahe.

Die drittstärkste politische Kraft auf der Insel ist die Demokratische Partei DIKO (17,91 Prozent der Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen und elf Mandate). Sie wurde im Jahre 1976 auf Veranlassung des Erzbischofs und der wichtigsten politischen Persönlichkeit der Insel, Makarios, gegründet¹⁹ und entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten zu einer moderaten, liberalen, demokratischen Partei auf der Ebene der Innenpolitik. Auf der Ebene der Außenpolitik sind nationalistische Akzente unübersehbar. Sie selbst reklamiert für sich, eine Partei der politischen Mitte zu sein. Erster Parteivorsitzender war der damalige Außenminister der Makarios-Regierung, Spyros Kyprianou, später Nachfolger in der Position des Staatspräsidenten. Dank der eindrucksvollen Persönlichkeit ihres Ex-Vorsitzenden Tassos Papadopoulos, der von 2003 bis zum Februar 2008 Staatspräsident war und dessen Beitrag zur Ablehnung des Annan-Plans maßgeblich ge-

wesen sein soll, erfreute sich die DIKO in den letzten Jahren eines zunehmenden Wählerzulaufs. Unter dem selben ideologischen Dach befinden sich der konservative Bauernverband PEK, die Jugendorganisation NEDIK und die Frauenorganisation GODIK.

Die Vereinigte Demokratische Zentrumsunion-Sozialdemokratische Bewegung EDEK, die bei den letzten Parlamentswahlen von 2006 8,91 Prozent der Stimmen und fünf Sitze für sich erringen konnte, ist das Gegenstück zur griechischen PASOK – die von Andreas Papandreu gegründete Sozialistische Bewegung Griechenlands – auf Zypern, mit der die EDEK ausgesprochen enge Kontakte unterhält. Dieser Umstand prägte das ideologische Profil der Partei entscheidend. Sie wurde in die Periode der griechischen Junta gegründet, als der Leibarzt von Makarios, Vayos Lyssarides, zugleich Mitglied des Komitees zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland, 1969 die Initiative zur Gründung einer Partei ergriff, die das sozialistisch gesinnte Lager auf Zypern ansprechen sollte. Er selbst übernahm den Vorsitz der Partei, den er bis 2001 ununterbrochen inne hatte. Tatsächlich entwickelte die Partei im Laufe der Zeit ein sozialistisches, aber zugleich stark nationalistisches und anti-kommunistisches Programm, das stets weit über die tatsächliche politische Stärke hinaus Akzeptanz fand. Verbunden mit der EDEK sind die Jugend- und Studentenorganisation EDEN, die Sozialistische Frauenbewegung und die Sozialistische Gewerkschaft DEOK.

Das Parteienspektrum Zyperns wird heute durch zwei Splitterparteien ergänzt, die Europäische Partei EVROKO, welche im Tau-mel des Beitritts Zyperns in die EU im Juli 2005 gegründet wurde und schon beim ersten Wahlgang 5,73 Prozent und drei Sitze im Parlament errang, und die Umweltpartei, die im März 2006 ins Leben gerufen wurde und bei den Wahlen von 2006 1,95 Prozent und ein Mandat zu gewinnen vermochte.

Trotz ihrer jeweiligen Differenzen zeichnen sich sowohl die Parteien als auch die Gewerkschaftsorganisationen durch erhöhte Kooperationsbereitschaft aus. Letztere unterhalten etwa untereinander sowie zur türkisch-zypriotischen Gewerkschaftsbewegung institutionelle Kontakte im Rahmen des so

¹⁹ Vgl. Christodoulos Giallouridis, „Zypern“, in: Joachim Raschke/Ilias Katsoulis (Hrsg.), Die Politischen Parteien Westeuropas (griechisch), Athen 1990, S. 196 f.

genannten *All Trade Union Forum*. Das Forum wurde im Jahre 1995 von 18 Gewerkschaftsorganisationen des gesamten politischen Spektrums ins Leben gerufen, um die Vereinheitlichung der Löhne auf der Insel voranzutreiben und dem Lohndumping durch Einwanderer und Pendler-Arbeiter einen Riegel vorzuschieben.

Die „Türkische Republik Nordzypern“ (TRNZ)

Die konstitutionelle Geschichte der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern ist kurz: 1975, nicht lange nach der türkischen Militärintervention und der sich daran anschließenden Teilung der Insel erklärte sich der Norden zum föderierten türkisch-zypriotischen (Teil-)Staat. Am 15. November 1983 erfolgte dann die Proklamation der ausschließlich von der Türkei anerkannten „unabhängigen“, „souveränen Republik“ (*Turkish Republic of Northern Cyprus*).¹⁰ 1985 wurde eine Verfassung verabschiedet, derzufolge sich die TRNZ ebenfalls als eine präsidentiale Republik definiert. Die Verfassung Nordzyperns, welche sich weitgehend an die des Mutterlandes Türkei anlehnt, wurde im selben Jahre durch eine Volksabstimmung mit 70,18 Prozent positiver Stimmen vom Volk angenommen.

Seither weist der Staat folgende konstitutionellen Charakteristika auf: Der Staatspräsident und das Parlament werden für fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. Der Präsident hat vornehmlich repräsentative Aufgaben. Er ist jedoch Verhandlungsführer mit der griechischen Seite und in Friedenszeiten Oberbefehlshaber der nordzyprischen Streitkräfte. Erster Staatspräsident wurde der alte Führer der türkisch-zypriotischen Volksgruppe Rauf Denktaş, der 1985, 1990, 1995 und 2000 im Amt bestätigt wurde.

Nach der Verfassung herrscht in der TRNZ eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Die TRNZ versteht sich als eine laizistische, parlamentarische Republik. Das Parlament der Republik

¹⁰ Vgl. Stefan Talmon, Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten. Grundlagen und Rechtsfolgen einer international koordinierten Sanktion. Dargestellt am Beispiel der Türkischen Republik Nord-Zypern, Tübingen 2006, S. 10–82.

hat 50 Sitze;¹¹ das Wahlsystem sieht ein gemäßigtes Majoritätsprinzip vor. Es gibt eine Fünfprozenthürde für den Einzug ins Parlament.

Parteien, Politische Kultur und Massenorganisationen

Bis 1974 ähnelten die türkisch-zypriotische und die griechisch-zypriotische Volksgruppe einander kulturell, wobei die türkischen Zyprioten eher der am wenigsten entwickelten Schicht der gesamtzypriotischen Gesellschaft angehörten. Mit der Invasion von 1974 kam es jedoch zu Entwicklungen, die sowohl den homogenen Bestand der türkisch-zypriotischen Volksgruppe als auch ihre politische Kultur radikal veränderten: Die Bevölkerungsstruktur Nordzyperns veränderte sich schlagartig. Zehntausende türkische Zyprioten emigrierten ins westliche Ausland. An ihre Stelle traten Siedler vom türkischen Festland, die von der Regierung in Ankara auf der Insel angesiedelt wurden: vielfach Menschen mit geringerer Bildung und schlechterer beruflicher Qualifikation. Außerdem stationierte die Türkei rund 30 000 Soldaten auf der Insel. Diese wurden zur Stütze des Denktaş-Regimes.

Die aus der Türkei stammenden Siedler veränderten nicht nur die demographische Balance zu Ungunsten der türkisch-zypriotischen Bevölkerung; sie brachten auch eine tiefverwurzelte altosmanische Mentalität mit. Für die Denktaş-Partei waren sie eine privilegierte Stimmenquelle, womit sie maßgeblich zu der drei Jahrzehnte währenden Alleinherrschaft der Nationalen Einheitspartei (NUP) beitrugen.¹²

Diese von Rauf Denktaş 1975 gegründete Partei¹³ installierte im Laufe der Zeit ein fein

¹¹ Vgl. Constitution of Turkish Republic of Northern Cyprus, Preamble, Article 1: The Form and Characteristics of the State, TRNC, 15th November 1983.

¹² Vgl. Heinz Richter, Gedanken zur politischen Kultur in Griechenland und der Türkei unter Berücksichtigung Zyperns, in: Bernd Rill (Hrsg.), Griechenland: Politik und Perspektiven, München 1999, S. 90.

¹³ Bei den letzten Wahlen von 2005 erhielt sie 31,67 Prozent der Stimmen und 19 Sitze. Traditionell vertritt sie die Interessen der konservativen türkisch-zypriotischen Oberklasse und der reicheren Mittelschichten, sowie der türkischen Einwanderer, deren Einwanderung sie ermöglichte. Vgl. hierzu die exzellente

ausgeklügeltes, von Favoritismus und Nepotismus gekennzeichnetes Klientelsystem, das sich im politischen Leben des Nordens festsetzte. Es spricht für sich, dass Freedom House die TRNC auf Stufe zwei einer Skala von eins bis sieben setzt: Auf der ersten Stufe befinden sich jene Staaten, die grundlegende Freiheitsrechte verweigern.¹⁴ In den vergangenen Jahren registrierten internationale Organisationen wiederholt Aktionen gegenüber Journalisten, die von Einschüchterung bis zum Mord reichten, Bombenanschläge gegen Andersdenkende sowie Freiheitsbeschränkungen von Minderheiten, inklusive der Maroniten und griechischen Zyprioten, die in der griechisch-zypriotischen Enklave auf Karpasia-Halbinsel leben.¹⁵

Im Jahre 2003 gab es erstmals Hinweise, die auf einen grundlegenden Wandel im türkisch-zypriotischen Leben hindeuteten. Die Parlamentswahlen im Dezember dieses Jahres hatten den regierenden rechten Parteien, die dem Präsidenten Rauf Denktaş nahe stehen, eine schwere Niederlage versetzt. Denktaş musste wegen eines Patts in der Sitzverteilung des Parlaments den bisherigen Oppositionsführer, Mehmet Ali Talat, mit der Regierungsbildung beauftragen. Die politische Wende auf Nordzypern hatte sich bereits im Juni 2002 mit dem Sieg von Talats Republikanisch-Türkischer Partei, der ältesten zyperntürkischen politischen Partei,¹⁶ bei den Kommunalwahlen angekündigt. Denktaş Alleinherrschaft schien erstmalig zu bröckeln. Schon 1992 hatte er seine Partei nicht disziplinieren können, als sich die Basis weigerte, seinen Sohn, Serdar Denktaş, als „erblichen“ Generalsekretär zu akzeptieren. Schließlich trat Serdar Denktaş aus der Partei aus und gründete einen neuen Klientelverband: die Demokratische Partei. Die Führung der Nationalen Einheitspartei ging auf den rechtskonservativen Dervis Eroğlu über. Zusammen mit seiner dominanten Position im Inselnorden büßte Denktaş nun auch die Unterstützung von Seiten der türkischen Regierung ein.

Mit dem Ringen um eine politische Lösung des Zypernkonfliktes auf Basis des Annan-Planes polarisierte sich seit 2003 die Politik Nordzyperns in Befürworter

Analyse von Jeanette Choisi, Wurzeln und Strukturen des Zypernkonfliktes 1878 bis 1990, Stuttgart 1993, S. 307.

¹⁴ Vgl. www.freedomhouse.org/research/index.htm.

¹⁵ Vgl. Erol Kaymak, The Development of Turkish Cypriot Politics, in: James Ker-Lindsay/Hubert Faustmann (Hrsg.), The Government and Politics of Cyprus, Wien-New York et.al (i. E.).

¹⁶ Die Republikanische türkische Partei ist die älteste türkisch-zypriotische Partei. Sie wurde am 27. Dezember 1970 unter der Führung von Ahmet Mithat Berberoğlu, einem Kontrahenten von Denktaş, gegründet. Ihr stehen sowohl die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation DEVIS als auch die Türkischzypriotische Gewerkschaftsföderation TÜRKSSEN und die Lehrgewerkschaft KTÖS nahe. Zu dieser Partei vgl. Thetis, 1 (1994) 1, S. 167–173.

und Gegner einer künftigen bizonalen und bikommunalen Föderation und eines Beitritts in die EU. Da der Machtmensch Denktaş seinen Verbleib im Amt vom Ausgang des Referendums über den Annan-Plan am 24. April 2004 abhängig gemacht hatte, konnte er bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht mehr antreten, nachdem der von ihm strikt verworfene Plan von der türkischen Bevölkerung mit großer Mehrheit angenommen worden war. Demgegenüber gelang es Talat und seiner Partei, die den Annan-Plan unterstützten, ein proeuropäisches Profil zu erarbeiten und stark an Zulauf zu gewinnen. Die Wahlen vom Februar 2005 gewann die Republikanisch-Türkische Partei, die aber knapp die Mehrheit der Sitze (sie erhielt 25 von 50 Sitzen) verfehlte. Talat blieb Ministerpräsident einer provisorischen Mitte-Links-Koalitionsregierung, bestehend aus der Republikanisch-Türkischen Partei und der Demokratischen Partei.

Zwei Monate später, am 17. April 2005, fanden Präsidentschaftswahlen auf Nordzypern statt, bei denen der bisherige Ministerpräsident und Annan-Plan-Befürworter, Mehmet Ali Talat, nun auch zum Präsidenten gewählt wurde. Mit eindrucksvollen 55,6 Prozent der Stimmen ließ Talat bereits im ersten Wahldurchgang seinen rechtskonservativen Haupttrivalen Dervis Eroğlu, der sich gegen den Annan-Plan wandte und nur 22,73 Prozent der Stimmen erhielt, weit hinter sich und beendete damit endgültig die Ära des Nationalisten Rauf Denktaş. Der politische Umsturz vervollständigte sich 2006, als die Koalitionsregierung, an der Serdar Denktaş teilnahm, zusammenbrach und sich eine neue formierte, die sich aus der Republikanisch-Türkischen Partei und einer neuen Partei, der Freiheits- und Reformpartei, zusammensetzte.

Talats Wahl stellte eine Zäsur in der Geschichte des türkisch-zypriotischen Teils Zyperns dar, zumal sie mit großen Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Zypernkonfliktes verbunden war, die sich allerdings mittlerweile als gegenstandlos erwiesen haben. Bei den jahrzehntelangen Bemühungen um eine Wiedervereinigung des türkischen Nordzyperns mit dem griechischen Südtteil der Insel, die im Vorfeld des EU-Beitritts der Republik Zypern verstärkt worden waren, galt der Verhandlungsführer Denktaş als Bremser, be-

harrte er doch auf der separaten Existenz der TRNC.

Im Parlament des Nordens sind heute insgesamt fünf Parteien vertreten. Neben der Republikanischen und der Einheitspartei sind dies der Koalitionspartner Freiheits- und Reformpartei mit vier Abgeordneten – eine Partei, die im Ergebnis zweier gleichzeitiger Abspaltungen von der Einheitspartei und der Demokratischen Partei von Serdar Denkaş entstand –, die Demokratische Partei (13,47 Prozent und sechs Sitze) sowie die Partei der Gesellschaftlichen Demokratie, die lediglich über einen Sitz verfügt.

Die Administration der „Türkischen Republik Nordzypern“ besteht aus zehn Ministerien und etlichen Organisationen und Staatsunternehmen, die reichlich finanzielle Hilfe vom Staat TNRC bzw. vom türkischen Staat erhalten.

Im Laufe der Zeit hat die internationale Nichtanerkennung der TRNC maßgeblich die *civil society* der türkisch-zypriotischen Gesellschaft beeinflusst. Eine westlichen Maßstäben entsprechenden Bürgergesellschaft existiert im Norden der Insel nicht. Andererseits haben die Bemühungen zur Lösung des Zypernproblems zur Herausbildung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geführt. Deren Anliegen besteht in der Regel darin, bikommunale Kontakte zur Republik Zypern mit dem Ziel der gegenseitigen Verständigung zu organisieren und die Weichen für eine gemeinsame panzypriotische Existenz zu stellen, wobei sie vom Denkaş-Regime in der Vergangenheit mehrmals daran gehindert wurden.¹⁷ Die Avantgarde in diesem Bereich bilden die Gewerkschaften. Bereits in der Zeit vor der Unabhängigkeit Zyperns vom britischen Joch wirkten Griechen und Türken im Rahmen der linksorientierten PEO zusammen.¹⁸ Auf dem Boden des Arbeiter-Syndikalismus blühte die *All Trade Union Forum*-Initiative, von der bereits die Rede war.

¹⁷ Vgl. E. Kaymak (Anm. 15).

¹⁸ Zur Geschichte und Entwicklung der türkisch-zypriotischen Arbeiterbewegung auf Zypern vgl. Michalis Michaelides, *The Turkish Cypriot Working Class and the Cyprus Labour Movement*, in: *The Cyprus Review*, 5 (Fall 1995), S. 33–57.

Die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen heute sind: die Press Laborers Union, die Trade Union Municipality Employees United Public, die Cooperative, Agricultural and other Services and Crafts Workers' Union, die Cyprus Trade Union Confederation (CTUC), die Cyprus Turkish Civil Servants' Trade Union, die Cyprus Turkish Municipal Labor Union, die Turkish Workers' Trade Union Federation, die Turkish Cypriot Association of University Women und die Cyprus Turkish Construction, Wood and Public Service Workers' Union.

In den 1990er Jahren entstanden weitere NGOs, die sich auf verschiedenen Ebenen des sozialen Lebens, wie der Ökologie, der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Frauen usw. betätigen.

Fazit

Sowohl die Rechts- und Verfassungsordnung als auch die politische und gesellschaftliche Machtverteilung sowie die politische Kultur zwischen dem türkisch-zypriotischen Norden und dem griechisch-zypriotischen Süden zeigen, dass auf der Insel zwei sehr verschiedene Gesellschaftsmodelle existieren. Die nach 1974 erfolgende separate gesellschaftliche und politische Entwicklung der beiden Volksgruppen und die wenigen Kontakte miteinander haben dazu geführt, dass in der Zeit der Koexistenz vorhandene Ähnlichkeiten, wie die Patronage-Klientel-Beziehungen, im Süden weitgehend verkümmerten und im Norden zum integralen Teil des politischen Lebens wurden. Die internationale Isolation des Nordens, seine starke Abhängigkeit vom Mutterland Türkei, die massive Einwanderung türkischer Siedler aus Anatolien, und die wirtschaftliche Misere entfernten im Laufe der Zeit den türkisch-zypriotischen Norden vom mittlerweile völlig europäisierten Süden.

Begegnungen in der Pufferzone

Trotz Krieg, Vertreibung und Stacheldraht hat es in den Jahren der Trennung immer Begegnungen zwischen den Volksgruppen Zyperns gegeben. Parteien, Gewerkschaften, Kommunalpolitiker, Nichtregierungsorganisationen und viele engagierte Einzelpersonen haben – teilweise mit internationaler Unterstützung – dafür gesorgt, dass der Kontakt zwischen griechischen und türkischen Zyprioten nie abgebrochen ist. Die Bedingungen dafür waren schwierig, denn nach der Teilung

Dorothee Pilavas

M.A., geb. 1964; freie Journalistin und ehrenamtliche Geschäftsführerin des Deutsch-Zyprischen Forums.
dzf@pilavas.de
www.dzforum.de

von 1974 hatten die Bewohner Zyperns so gut wie keine Möglichkeit mehr, in den jeweils anderen Inselteil zu gelangen. So mussten die Treffen in der von den Vereinten Nationen (UN) kontrollierten Pufferzone oder im Ausland stattfinden. Seit 2003 der erste Checkpoint an der Waffenstillstandslinie (Green Line) geöffnet wurde, ist die bikommunale Zusammenarbeit leichter geworden. Doch die Mauer in den Köpfen der Menschen ist noch lange nicht überwunden.

Der Nikosia Masterplan

Es waren pragmatische Gründe, weshalb sich die beiden Bürgermeister Nikosias 1978 an einen Tisch setzten und mit einer gemeinsamen Stadtentwicklung begannen: Es gab in der Stadt nur eine Kläranlage. Der griechische Zypriote Lellos Demetriades und sein türkisch-zypriotischer Amtskollege Mustafa Akıncı mussten daher die Abwässer der geteilten Hauptstadt in gemeinsame Bahnen lenken. Die beiden Politiker hatten schon damals die Vision, die gesamte Stadtplanung in beiden Teilen so aufeinander abzustimmen, dass im Falle einer Wiedervereinigung alles sofort funktionieren würde. Dies war die Geburt des ersten bikommunalen Projekts: des Nikosia Masterplans.

Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen nahmen die Planungen rasch konkrete Formen an. Architekten, Stadtplaner und Ingenieure, Verkehrsexperten, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen aus beiden Teilen Nikosias setzten sich mit internationalen Fachleuten zusammen und diskutierten das Projekt an einem neutralem Ort in der Pufferzone. Ziel war es, die Altstadt innerhalb der historischen Befestigungsmauern als Kulturerbe zu bewahren, wieder bewohnbar zu machen und mit Leben zu erfüllen. Darüber hinaus ging es um die nachhaltige Entwicklung von Bebauungsplänen und Verkehrsstrukturen. „Wir wissen, dass bestimmte Teile des Masterplans erst umgesetzt werden können, wenn eine umfassende Lösung des Zypernproblems erreicht ist. Aber für eine realistische, lebensfähige und dauerhafte Lösung ist es notwendig, Felder der Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten zu schaffen“,¹ so Mustafa Akıncı.

Brücken bauen

Nikosia ist noch immer geteilt und die Arbeit am Masterplan noch lange nicht abgeschlossen. Doch gibt es bereits Beispiele, an denen der Erfolg der gemeinsamen Stadtplanung sichtbar geworden ist. Als am 3. April 2008 der Checkpoint an der Ledra Straße mitten in der Altstadt Nikosias geöffnet wurde, konnten die Menschen bequem von einem Teil in den anderen spazieren, denn auf beiden Seiten war die Geschäftsstraße als Fußgängerzone angelegt worden. Aus der Vision der beiden Bürgermeister von damals war an diesem Tag ansatzweise Wirklichkeit geworden. „Das Zypernproblem werden wir nicht lösen...“, hatte Lellos Demetriades fast 20 Jahre zuvor gesagt, „... aber wir bauen Brücken. Sie sind immer nützlich. Ich wünschte, andere würden noch mehr davon bauen.“²

Auch andere haben Brücken gebaut. Seit 1974 gab es regelmäßige Treffen politischer Parteien aus beiden Teilen Zyperns. Sie fanden im Ledra Palace Hotel statt, dem Hauptquartier der UN-Truppen UNFICYP in der Pufferzone. Hier trafen sich auch Gewerkschafter aus Nord und Süd, besprachen Probleme der sozialen Absicherung und sorgten

¹ Mustafa Akıncı, in: Restoring the Heart of Nicosia, UNDP, November 1987.

² Lellos Demetriades, in: ebd.

dafür, dass türkische Zyprioten ihren Anspruch auf Rentenauszahlungen aus der Zeit vor der Teilung geltend machen konnten. 1995 wurde das *All Trade Union Forum* gegründet mit 18 Mitgliedsorganisationen aus dem gesamten Spektrum der Arbeiterklasse beider Volksgruppen. Dieses Forum setzt sich für eine Wiedervereinigung Zyperns und für gerechte Arbeitsbedingungen auf der ganzen Insel ein.

Internationale Akteure

In den 1990er Jahren engagierten sich verstärkt Akteure aus dem Ausland für eine Annäherung der Volksgruppen auf Zypern. Insbesondere US-amerikanische Institutionen wie die Fulbright Commission, das American Center oder die US-Botschaft in Nikosia förderten die bikommunale Zusammenarbeit. Sie ermöglichten den Aufbau einer Conflict Resolution Trainer Group, deren Mitglieder zahlreiche friedensbildende Projekte initiierten und koordinierten. Bis Ende 1997 entstanden daraus 25 bikommunale Gruppen, in denen bis zu eintausend Menschen aktiv waren.¹³ Lehrer, Schüler, Studenten, Unternehmer, Journalisten, Juristen, Künstler oder Bewohner ehemals gemischter Dörfer konnten sich auf diese Weise austauschen. Das Magazin „Hade“ erschien in griechischer, türkischer und englischer Sprache, ein bikommunaler Chor sang gemeinsames Liedgut – um nur einige Beispiele zu nennen.

Auch die Treffen der bikommunalen Gruppen fanden mit Unterstützung der Vereinten Nationen meist im Ledra Palace Hotel statt. Griechische Zyprioten konnten ohne Formalitäten in die Pufferzone gelangen; türkische Zyprioten benötigten einen Passierschein für ihren Checkpoint. Dies nutzten die Behörden im Nordteil immer wieder dazu, bikommunale Zusammenkünfte zu verhindern, indem sie Passierscheine verweigerten – insbesondere in Zeiten politischer Spannungen. Als auf dem Luxemburger EU-Gipfel im Dezember 1997 die Republik Zypern zum Beitrittskandidaten ernannt wurde, während die Türkei ein weiteres Mal in die Warteschleife musste, reagierte der damalige Führer der türkischen Zyprioten Rauf Denktaş mit einer Blockade

¹³ Vgl. Oliver Wolleh, *Die Teilung überwinden. Eine Fallstudie zur Friedensbildung in Zypern*, Hamburg 2002, S. 125 und S. 146.

und ließ die Friedensaktivisten aus dem Norden nicht mehr an den Treffen im Ledra Palace teilnehmen.

Erschwerte Bedingungen

Neben der aufwendigen und kostspieligen Möglichkeit von Treffen im Ausland mussten neue Wege gefunden werden, um die bikommunale Arbeit auf Zypern fortzusetzen. Zu einem wichtigen Ort der Begegnung wurde das Dorf Pyla, das in der Pufferzone liegt, nicht weit entfernt von Larnaca und Famagusta. Dieses Dorf ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Hier leben bis heute griechische und türkische Zyprioten zusammen. Es gibt eine Kirche und eine Moschee, zwei Bürgermeister, zwei Schulen, zwei Kaffeehäuser und einen UN-Posten. Eine weitere Besonderheit war damals ein Checkpoint etwas oberhalb des Dorfes, über den türkische Zyprioten tageweise in die Pufferzone gelangen konnten, um von dort aus zur Arbeit auf die angrenzende britische Militärbasis Dhekelia zu fahren.

Diesen Übergang nutzten auch die Friedensaktivisten aus dem Norden, um sich mit ihren Mitstreitern aus dem Süden in Pyla zu treffen. Da die Kaffeehäuser und Restaurants von Geheimdienstagenten und Polizisten überwacht wurden, sponserte der griechisch-zypriotische Hotelier Dinos Lordos im Jahr 2000 das „Friendship House“. Das kleine Wohnhaus mitten im Dorf mit drei Zimmern und einer Küche wurde jedes Wochenende zum Treffpunkt der Menschen, die weiterhin an eine gemeinsame Zukunft Zyperns glaubten und den Mut hatten, dies auch öffentlich zu zeigen. Hier diskutierten diese Projekte, hier probte der bikommunale Chor und hier fanden auch einige Mitgliederversammlungen des Deutsch-Zyprischen Forums (DZF) statt.

In dieser 1999 in Köln gegründeten Nichtregierungsorganisation engagieren sich Deutsche, griechische und türkische Zyprioten sowie Interessierte aus anderen europäischen Ländern für eine Annäherung der Volksgruppen und für eine friedliche Wiedervereinigung Zyperns. Das DZF organisiert Konferenzen, Kulturveranstaltungen und Projekte zu unterschiedlichen Themen, um den Kontakt und die Zusammenarbeit von griechischen und türkischen Zyprioten zu fördern.

Dabei werden Aspekte aufgegriffen, die Menschen in beiden Inselteilen bewegen und zu gemeinsamem Handeln anregen, wie zum Beispiel Umweltfragen, Migrationsprobleme, europäische Rechtsfragen oder die Suche nach kulturellen Wurzeln und einer zypriotischen Identität.

Friedliche Begegnungen

Am 23. April 2003 änderten sich die Bedingungen für die bikommunale Arbeit schlagartig. Völlig unerwartet ließ Rauf Denktaş den Übergang am Ledra Palace Hotel öffnen. Griechische und türkische Zyprioten konnten sich wieder frei auf ihrer Insel bewegen. Zu Beginn war die Neugier groß, wie es wohl auf der anderen Seite aussehen würde. Vor allem die Flüchtlinge wollten ihre Häuser wiedersehen und wissen, wer jetzt darin wohnt. In den ersten sechs Monaten wurden mehr als eine Million Grenzübergänge registriert. Die Begegnungen verliefen allesamt friedlich, es gab keinerlei Zwischenfälle. Inzwischen wurden fünf weitere Checkpoints geöffnet.¹⁴ Sie werden vor allem von Touristen genutzt sowie von türkischen Zyprioten, die im griechischen Teil der Insel Arbeit gefunden haben, medizinische Einrichtungen nutzen oder einkaufen wollen. Griechische Zyprioten machen gerne Wochenendausflüge in den türkischen Teil, doch etwa die Hälfte hat den Norden noch nicht besucht – viele aus mangelndem Interesse, die meisten aber aus politischen Gründen.¹⁵

Die bikommunale Arbeit ist durch die Grenzöffnung einfacher geworden. Treffen können jederzeit ohne großen organisatorischen Aufwand stattfinden; Kontakte sind ohne bürokratische Hürden auch auf privater Ebene möglich. Doch das Scheitern des Annan-Plans¹⁶ im Jahr 2004 hat bei den Menschen auf beiden Seiten viele Hoffnungen zerstört. Türkische Zyprioten erlebten das Nein

¹⁴ Agios Dometios/Metehan, Pergamos/Beyarmudu, Strovilia/Akyar, Zodia/Bostanci und Ledra Street/Lokmaci.

¹⁵ Vgl. Craig Webster, College of Tourism and Hotel Management, Fall Tourism Survey 2004.

¹⁶ UN-Plan zur Lösung des Zypernproblems, benannt nach dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, der am 24. 4. 2004 in getrennten Referenden zur Abstimmung gebracht wurde. 65 % der türkischen Zyprioten stimmten zu, 76 % der griechischen Zyprioten lehnten den Plan ab.

der griechischen Seite als Zurückweisung; die griechischen Zyprioten fühlten sich in ihrer Ablehnung missverstanden.¹⁷ Die Bereitschaft, sich für eine gemeinsame Zukunft Zyperns zu engagieren, ließ stark nach, denn während der Amtszeit von Präsident Tassos Papadopoulos¹⁸ fehlte jegliche Perspektive auf eine neue Chance zur Wiedervereinigung. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen beider Inselteile bis heute nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist, da sich die Verwaltungen gegenseitig nicht anerkennen. Dies betrifft nicht nur Ministerien und Behörden, sondern auch Schulen und Universitäten. So können bikommunale Projekte weiterhin nur auf NGO-Ebene oder mit privatem Engagement realisiert werden.

Neue Hoffnungen?

Am 24. Februar 2008 wurde in der Republik Zypern ein neuer Präsident gewählt. Die griechischen Zyprioten entschieden sich für einen Kandidaten, der sich im Wahlkampf deutlich für eine Wiederannäherung an die türkischen Zyprioten ausgesprochen hatte. Bereits einen Monat später traf sich Dimitris Christofias mit dem Führer der türkischen Zyprioten Mehmet Ali Talat. Die beiden Politiker beschlossen neue Verhandlungen sowie die Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen. Mit der Öffnung des Checkpoints an der Ledra Straße setzten sie ein erstes Zeichen der Versöhnung. Diese neue politische Konstellation sollte Grund zur Hoffnung geben, dass eine baldige Lösung gefunden wird. Doch die Menschen auf Zypern sind sehr skeptisch.

Laut einer Umfrage, die im April und Mai 2008 in beiden Inselteilen durchgeführt wurde, setzen nur 18 Prozent der griechischen und 13 Prozent der türkischen Zyprioten große Hoffnung in den neuen Verhandlungsprozess. Und dies, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Vorgehensweise ihrer Führung unterstützt und eine bizonale bikommunale Föderation befürwortet (75 %

¹⁷ Es war kein grundsätzliches Nein gegen die Wiedervereinigung, sondern die Ablehnung eines Planes, den sie als ungerecht empfanden, z. B. in Hinblick auf Eigentumsfragen oder die Präsenz türkischer Truppen.

¹⁸ Präsident der Republik Zypern vom 28. 2. 2003 bis 28. 2. 2008.

der griechischen und 78 % der türkischen Zyprioten sind für eine solche Lösung, auch wenn sie nicht als die beste angesehen wird). Vor allem das fehlende Vertrauen in die politische Führung der anderen Seite gibt Anlass zu diesem Pessimismus. Nur 17 Prozent der griechischen Zyprioten vertrauen Talat, während 26 Prozent der türkischen Zyprioten Vertrauen in Christofias setzen. Das allgemeine Vertrauen in die jeweils andere Bevölkerungsgruppe ist deutlich höher. 45 Prozent der griechischen und 55 Prozent der türkischen Zyprioten hätten nichts gegen Nachbarn aus der anderen Volksgruppe.⁹

Umso wichtiger ist es, dass sich Talat und Christofias während eines Treffens im Mai 2008 auf die Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen in zivilen und militärischen Bereichen einigten.¹⁰ Die daraufhin eingesetzten Technischen Komitees beschäftigen sich beispielsweise mit den Möglichkeiten, wie Rettungsfahrzeuge ohne Formalitäten über die Green Line gelangen können, mit der Aufstellung dreisprachiger Straßenschilder oder der Zusammenarbeit im Gesundheitswesen bei Problemen wie der Vogelgrippe.¹¹

Blick in die Vergangenheit

Ein wichtiger Schritt zur Versöhnung ist die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit. Die International Crisis Group empfiehlt die Bildung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, die helfen kann, die Wunden aus den Zeiten von Krieg und Bürgerkrieg zu heilen. Dazu könnte auf der Arbeit des Committee on Missing Persons aufgebaut werden, das sich mit der Suche nach den fast 2000 Vermissten aus den Jahren 1963/64 und 1974 beschäftigt. Dieses bikommunale Komitee steht unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und wird von den Behörden beider Seiten unterstützt. Bislang wurden 453 Grabstellen in beiden Inselteilen gefunden. Mit Hilfe von DNA-Analysen konnten inzwi-

⁹ Vgl. Erol Kaymak/Alexandros Lordos/Nathalie Tocci, *Building Confidence in Peace. Public Opinion and the Cyprus Peace Process*. Centre for European Policy Studies, Brussels 2008.

¹⁰ Vgl. Christofias-Talat Meeting, Joint Statement, 23. 5. 2008.

¹¹ Vgl. International Crisis Group, *Reunifying Cyprus: The Best Chance Yet*, in: *Europe Report* Nr. 194 vom 23. 6. 2008, S. 6.

schon 105 Personen identifiziert werden.¹² Die sterblichen Überreste sind an die Familien übergeben worden.

Wie wichtig es für die Angehörigen ist, endlich Gewissheit über den Verbleib der jahrelang Vermissten zu erhalten und sie im Kreis der Familie begraben zu können, beschreibt die türkisch-zypriotische Journalistin Sevgül Uludağ in ihrem Buch „Oysters with the Missing Pearls“. Darin ist über viele Schicksale griechischer und türkischer Zyprioten zu lesen, die während der Kriegs- und Bürgerkriegswirren ermordet wurden. Ihre Berichte basieren auf Interviews mit Zeitzeugen, die oft zum ersten Mal über ihre traumatischen Erlebnisse sprachen. Deren Angaben haben es in vielen Fällen ermöglicht, dass die Grabstellen gefunden werden konnten. Das Buch hat nicht nur dazu beigetragen, dass immer mehr Menschen über die Geschehnisse der Vergangenheit sprechen und Verbrechen dadurch aufgedeckt werden können. Es hat bei vielen auch ein Bewusstsein dafür geweckt, dass auf *beiden* Seiten gelitten wurde, und damit einen wichtigen Anstoß zur Versöhnung gegeben.

Einen gemeinsamen Blick auf die Vergangenheit zu finden, ist auch das Ziel der Association for Historical Dialogue and Research. In dieser 2003 gegründeten NGO arbeiten griechisch-zypriotische und türkisch-zypriotische Historiker und Pädagogen zusammen, um Schulbücher und Lehrpläne im Hinblick auf eine differenzierte Geschichtsvermittlung zu überarbeiten. In Zusammenarbeit mit den Lehrgewerkschaften beider Inselteile und dem Europarat werden Bildungskonferenzen und Lehrerseminare organisiert, deren Ziel darin besteht, methodische Ansätze für eine kritische Geschichtsbetrachtung zu entwickeln. Kinder sollen im Unterricht dazu angeregt werden, sich in die Lage „der anderen“ zu versetzen und Vorurteile und Feindbilder zu überdenken. Die Association wurde für ihren außergewöhnlichen Beitrag zur inselweiten Kooperation im Juni 2008 mit dem Cyprus Civil Society Special Award ausgezeichnet.¹³ Derzeit entsteht ein multikommunales Bildungszentrum als Ort der Zusam-

¹² Vgl. Committee on Missing Persons in Cyprus, Fact Sheet, October 2008.

¹³ Vgl. The Association for Historical Dialogue and Research, Press Release, June 2008.

menarbeit der Volksgruppen in Zypern. Ein verfallenes Gebäude in der UN-Pufferzone in Nikosia gegenüber dem Ledra Palace Hotel wird dafür komplett renoviert und mit einem Café sowie mit Konferenz- und Seminarräumen ausgestattet.

Aktuelle Beispiele

Die bikommunalen Gruppen sind heute nicht mehr so überschaubar wie in den 1990er Jahren, und es ist schwer einzuschätzen, wie viele Menschen sich für eine Kooperation über die Green Line hinweg engagieren. Viele Akteure finden sich nur für zeitlich begrenzte Projekte zusammen. Andere Gruppen haben sich für eine formelle Institutionalisierung entschieden, um sich international besser vernetzen zu können, so auch die bikommunale Umweltbewegung Friends of Nature Cyprus, die auf Initiative des Deutsch-Zyprischen Forums im Rahmen einer Nachhaltigkeitskonferenz 2004 in Nikosia gegründet wurde. Friends of Nature Cyprus engagieren sich für einen inselweiten Naturschutz und sind inzwischen assoziiertes Mitglied der Naturfreunde Internationale.¹⁴ Die Cypriot Women's Lobby, ein Zusammenschluss von 16 Frauengruppen aus beiden Teilen, ist seit Oktober 2008 Mitglied der European Women's Lobby (EWL), wo sie nun Zypern vertritt.¹⁵

Einige Interessengruppen arbeiten eher informell zusammen. Das Cyprus Academic Forum organisiert regelmäßig Vorträge von Wissenschaftlern aus beiden Teilen Zyperns und diskutiert öffentlich aktuelle Themen. Dies ermöglicht es Universitätsangehörigen aus Nord und Süd, sich auszutauschen und gemeinsame Forschungsprojekte zu realisieren. Griechisch-zypriotische und türkisch-zypriotische Unternehmer haben sich im Cyprus Producers' Network zusammengefunden. Das Netzwerk bietet Beratung und technische Unterstützung beim Handel zwischen beiden Inselteilen (Green Line Regulation). Heutige Bewohner Famagustas erarbeiten gemeinsam mit ihren ehemaligen griechisch-zypriotischen Nachbarn, die 1974 vertrieben wurden, einen Plan zur Renaissance der Stadt. Famagusta einschließlich der Geister-

stadt Varosha soll zu einer Modellstadt für ein künftig wiedervereinigtes Zypern werden, zu einem Ort des Austausches und der Kooperation. Dabei geht es auch um den Erhalt des Kulturerbes der mittelalterlichen Handelsmetropole.

Hilfe von außen

Viele dieser Initiativen sind über das United Nations Development Programme (UNDP) mit finanzieller Unterstützung von USAID ermöglicht worden. Im Rahmen des Programms „Action for Cooperation and Trust in Cyprus“ werden Projekte aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Umwelt, Bildung und Kulturerbe gefördert. Auch von der Europäischen Union kommt Unterstützung. Im Rahmen des Hilfsprogramms für die türkisch-zypriotische Gemeinschaft werden Infrastrukturmaßnahmen, Projekte zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie vertrauensbildende Maßnahmen gefördert. Beispielsweise finanziert die EU ein Projekt zur Abfallentsorgung, das Committee on Missing Persons sowie die Minenräumung in der Pufferzone. Zur Umsetzung der Maßnahmen wurde das EU Programme Support Office in Nord-Nikosia eingerichtet.

International tätige NGOs wie das Deutsch-Zyprische Forum oder Friends of Cyprus in Großbritannien sowie zypriotische Migrantenverbände in Athen, Istanbul, London, Australien und den USA unterstützen den Friedensprozess von außen und halten als weltweites Netzwerk den Kontakt zu beiden Volksgruppen. Die politischen Führer in Zypern zeigen derzeit guten Willen für den Versöhnungsprozess. So verzichteten sie 2008 auf die Demonstration militärischer Stärke und sagten die alljährlich im Herbst stattfindenden Militärmanöver „Nikoforos“ und „Taurus“ ab. Viele Menschen auf beiden Seiten der Green Line bemühen sich um Verständigung und Kooperation. Doch die Wunden der Vergangenheit sind noch längst nicht geheilt. Wie auch immer eine politische Lösung für Zypern aussehen wird, die bikommunale Arbeit ist und bleibt wichtig, um Versöhnung und Vertrauen in eine gemeinsame Zukunft zu finden.

¹⁴ Auf dem 20. Kongress der Naturfreunde Internationale am 27. 9. 2008 im tschechischen Liberec.

¹⁵ Auf der Generalversammlung der European Women's Lobby, 24.–26. 10. 2008 in Lyon, Frankreich.

APuZ

Nächste Ausgabe

13/2009 · 23. März 2009

Kaukasus

Uwe Halbach

Kaukasuskrieg und Georgienkrise als weltpolitisches Thema

Maximilian Opitz

Der Kaukasus zwischen Minderheiten- und Machtpolitik

Manfred Quiring

Schwelende Konflikte im Kaukasus

Walter Kaufmann

NGOs im Südkaukasus: Der weite Weg zur „Zivilgesellschaft“

Eva-Maria Auch

Ein Blick in die Geschichte Kaukasiens

Gemma Pörzgen

Aus den Augen – aus dem Sinn

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Heinz A. Richter

3-8 Historische Hintergründe des Zypernkonflikts

Der Zypernkonflikt ist das Ergebnis britischer Kolonialpolitik. Seit 1964 ist eine UN-Friedenstruppe auf Zypern stationiert. 1974 löste der von der Athener Militärjunta inszenierte Putsch gegen Makarios die türkische Invasion aus.

Hubert Faustmann

9-13 Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns: 1974–2008

Zu Recht hat sich Zypern in den vergangenen Jahrzehnten den Ruf als Friedhof der Diplomatie verdient. Die verschiedenen Initiativen – und die Gründe für ihr Scheitern – stehen im Zentrum dieses Beitrages.

Ayla Gürel

14-18 Eigentums- und Bevölkerungsfragen im geteilten Zypern

Eigentums- und Bevölkerungsfragen auf der geteilten Insel werden von griechischen und türkischen Zyprioten sehr unterschiedlich wahrgenommen. Wie wirken sich diese Divergenzen auf den zentralen politischen Konflikt in Zypern aus?

Yiannis Papadakis

18-23 Griechischer, türkischer oder „zypriotischer“ Kaffee?

„Kaffee“ und „Esel“ sind Metaphern für höchst umstrittene Meinungen über nationale Identität auf Zypern. Analysiert werden Modelle von Nationalismus sowie die Schwierigkeiten einer Einigung über eine föderale Lösung.

Murat Ilican Erdal

23-28 Wirtschaft, Umwelt und Tourismus in Zypern

Im vergangenen Jahrzehnt war die Wirtschaftsentwicklung in Zypern vor allem durch den Bauboom infolge von Eigentumsspekulationen geprägt. Es werden die Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt beschrieben.

Andreas Stergiou

28-33 Zypern: Gesellschaft, Parteien, Gewerkschaften

Rechts- und Verfassungsordnung, politische und gesellschaftliche Machtverteilung und politische Kultur im Norden und Süden Zyperns verdeutlichen, dass es auf der Insel zwei sehr verschiedene Gesellschaftsmodelle gibt.

Dorothee Pilavas

34-38 Begegnungen in der Pufferzone

Trotz Krieg, Vertreibung und Stacheldraht hat es in den Jahren der Trennung immer Begegnungen zwischen den Volksgruppen Zyperns gegeben. Der Artikel zeigt konkrete Beispiele bikommunaler Zusammenarbeit von 1974 bis heute.